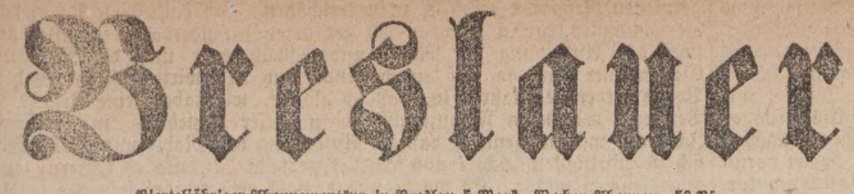
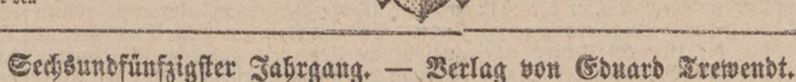


Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 60. Mittag-Ausgabe.



Sechsundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 5. Februar 1875.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

6. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 4. Februar.)

11 Uhr. Am Ministertisch Camphausen, Leonhardt, Falk, Achenbach und Friedenthal mit zahlreichen Commissarien.

Das Haus tritt sofort in die erste Berathung des Staathaushalts für 1875 ein, zu der sich fünf Redner: Richter (Hagen), Rickert, von Schorlemer-Alst, von Wedell-Malchow und Hoppe zum Wort gemeldet haben. Die Redner gegen und für den Etat wechseln. Ueber die geschäftliche Behandlung des Staatshaushaltsetats liegt ein von Lasker, Rickert, Klotz, von Schorlemer-Alst und v. Köller auf Grund allseitiger Verständigung eingebrachter Antrag vor: 1) der Budgetcommission zu überweisen das Etatsgesetz, das Extraordinarium des Etats der Eisenbahnverwaltung, Kap. 11 Tit. 24 der Einnahme der Allgemeinen Finanzverwaltung, von dem Etat der Verwaltung für Handel, Gewerbe und Bauwesen zwei Abschnitte des Ordinariums (Kap. 66, Tit. 1—19, Kap. 68, 1—15) und das ganze Extraordinarium, ebenso vom Ordinarium des Etats des Cultusministeriums die Kapitel 123—127, die von den Universitäten, den Gymnasien und Realschulen, dem Elementar-Unterrichtswesen, Kunst und Wissenschaft, Cultus und Unterricht gemeinsam handeln, sowie das ganze Extraordinarium dieses Etats. 2) Durch Commissarien des Hauses gruppenweise vorberathen zu lassen die Etats der Berg-, Hütten- und Salinen-, der Eisenbahn-, der Allgemeinen Finanzverwaltung, der Verwaltung für Handel, Gewerbe und Bauwesen, die Etats der Justizverwaltung, des Ministeriums des Innern, des landwirthschaftlichen Ministeriums, der Gestütverwaltung, des Cultusministeriums, durchweg mit Ausschluß der etwa an die Budgetcommission überwiesenen Abschnitte; endlich 3) alle übrigen Etats unmittelbar im Plenum zur zweiten Berathung zu stellen.

Abg. Richter (Hagen): Nach der Thronrede und den einleitenden Worten des Herrn Finanzministers könnte es scheinen, als ob die charakteristische Eigenschaft des diesjährigen Etats darin bestände, daß eine erhebliche Verminderung der Steuerlast in Folge neuer Gesetze zum ersten Mal zur Erscheinung komme. Wenn man indessen den Etat genauer ansieht, so ist dies doch nicht in beträchtlichem Umfange der Fall. Was zunächst den Ersatz der Mahl- und Schlachtsteuer durch die Klassensteuer betrifft, so beziffert sich nach Abrechnung der Ausgabeersparnisse der Ausfall für die Staatskasse auf 300,000 Mark; so spitz haben seiner Zeit die Herren Vertreter des Finanzministeriums zu rechnen verstanden, als sie sich bei Berechnung des Zusatzes für den Ausfall der Mahl- und Schlachtsteuer zum Klassensteuercontingent schließlich auf den Betrag von 3 Millionen Thaler abhandeln ließen. Der Ausfall in Folge Wegfalls des Chausseegeldes und des Zeitungs- und Kalenderstempels wird zum Theil durch die übrigen erheblich gestiegenen Steuern aufgewogen, der klassificirten Einkommensteuer, der Gebäudesteuer, der Gewerbesteuer u. s. w. Rechnet man Einnahmen und Ausgaben bei den directen und den gesammten indirecten Steuern zusammen, so ergiebt sich nach jenen Steuerausfällen eine Verminderung der Einnahmen aus Steuern von nur 4 Millionen Mark. Man muß natürlich bei den Ausgaben die vom Finanzministerium dahin übertragenen Wohnungsgeldzuschüsse in Abzug bringen. Auch dieser Ausfall wird durch das natürliche Wachsthum der Steuern sehr bald ausgeglichen werden. Der Herr Finanzminister hat allerdings darauf verzichtet, daß das Klassensteuercontingent mit der zunehmenden Bevölkerung und Wohlhabenheit von Jahr zu Jahr erhöht wird, aber nicht darauf, daß der Ausfall, welcher durch Versetzung von Klassensteuerpflichtigen unter die Einkommensteuerpflichtigen entsteht, von den in der Klassensteuer Zurückbleibenden vollständig übertragen wird. Es sind ja über 12,000 Personen mit dem Betrage von 1,100,000 Mark in die Einkommensteuer versetzt worden, so daß ein Ausfall von etwa 3 pCt. beim Klassensteuercontingent von den Zurückbleibenden übertragen werden mußte. Im Großen und Ganzen sind die Voraussetzungen, von denen wir bei Berathung des Klassensteuergesetzes ausgegangen sind, zugetroffen; wir haben es schon damals nicht als ein vollständiges Reformwerk, sondern nur als einen ersten Schritt betrachtet, um aus der Stagnation, in der sich die Klassen- und klassificirte Einkommensteuergesetzgebung bei uns seit 25 Jahren befindet, herauszukommen.

Es wird die Aufgabe des Finanzministeriums sein, noch innerhalb dieser Legislaturperiode noch weitere Schritte zur Reform unseres Steuersystems anzubahnen. Ich will heute nicht die Richtung vorzeichnen, wie ich mir eine solche weitere Reform denke und nur den Mangel einer variablen, von den Beschlüssen des Hauses abhängigen Einnahmeposition hervorheben. Für den Reichshaushaltsetat wird dieser Mangel zum Theil durch die Matricularbeiträge gedeckt. So unvollkommen auch diese Matricularbeiträge sein mögen, so ermöglichen sie es doch, bei der Prüfung der Nothwendigkeit einer Ausgabe die Gegenfrage zu stellen, ob es nicht nützlicher sei, eine in Aussicht genommene Einnahmeerhöhung, die mit der Ausgabeerhöhung in Verbindung steht, zu unterlassen. So sehr auch das Ausgabebewilligungsrecht des Reichstages eingeschränkt ist, so trägt es doch innerhalb des ihm verbliebenen Kreises einen ernsteren Charakter, als das des Abgeordnetenhauses. Während die Berathung im Reichstage mehr darauf hingeht, die Ausgaben zu vermindern, haben umgekehrt die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses die Tendenz, die Ausgaben zu erhöhen. Ich weiß sehr wohl, daß das im Wesentlichen durch die verschiedene Natur der Ausgaben hier und im Reiche bedingt wird; aber zum Theil liegt es auch daran, daß wir nicht in der Lage sind, wenn wir eine Ausgabe absetzen, auch auf eine entsprechende Verminderung der Einnahmen an Steuern hinzuwirken. Wir befinden uns ja keineswegs in einer ungünstigen Finanzlage, aber wir werden doch in den nächsten Jahren nicht mehr so, wie in den Vorjahren, in der Lage sein, aus dem Vollen zu schöpfen. Da würde die Einführung einer variablen, quotisirten Steuer einen erheblichen Stützpunkt abgeben gegenüber dem Drängen, das aus den verschiedensten Interessenkreisen laut wird auf weitere Erhöhung der Ausgaben. Das Finanzministerium wird aber auch die Reform unseres Communalsteuersystems anbahnen müssen. Es ist ja wahr, die Steuerlast der Staatssteuern, so ungerecht sie auch im Einzelnen vertheilt sein mag, ist doch im Ganzen nicht besonders drückend; die Staatssteuern haben seit 1866 abgenommen. Aber die Communalsteuern sind um so mehr gewachsen. Das Realsteuersystem ist in den Communen fast gar nicht entwickelt und es können daher Grundbesitzer nicht in entsprechend höherem Maße besteuert werden.

Nun ist es ja richtig, daß der Staat den Communen zwar manche neue Ausgabe zugewiesen hat; viele hat er ihnen doch aber auch abgenommen. Wenn die Position „Elementarlehrer" so erheblich erhöht worden ist, so liegt auch darin für die Commune oder die Schul-Societäten in gewissem Sinne eine Entlastung. Aber es wäre doch einfacher, anstatt daß man aus dem Bassin des Staatshaushalts gewisse Fonds den Communen zuführt, ihnen direct von der Einnahmequelle der Gelder zuzutheilen. Die Befriedigung localer Bedürfnisse aus Staatsmitteln bringt alle die Nachtheile mit sich, die eine Centralisation solcher Dinge im Gefolge hat. Gleichwohl ersehen wir aus den uns vorliegenden Communalreformgesetzen, daß man bei der alten Schablone im Wesentlichen verbleibt. Was den Haushalt der Provinzen betrifft, so beabsichtigt man allerdings, denselben auf Renten der Staatskasse zu basiren. Diese haben aber den Nachtheil, daß sie gleich bleiben, während die Ausgaben sich steigern werden; sie schließen ferner aus, den Ausgaben eine variable Einnahme gegenüberzustellen. Ich möchte den Gedanken aussprechen, ob es nicht die Aufgabe des Finanzministeriums ist, bevor wir an die Berathung der einzelnen Gesetze gehen, einen Plan aufzustellen für die Reorganisation unseres Steuersystems, soweit dasselbe mit der Communalreform in Verbindung steht. Es wäre in diesem Plane zur Entscheidung zu bringen, in welcher Form die Grundsteuer und die Gebäudesteuer beizubehalten oder irgend wie mit dem Haushalt der Provinzen, Communen und Kreise in Verbindung zu bringen sei. Unsere Finanzlage ist noch eine so günstige, daß wir uns auf weitere Steuerreformprojecte durchaus nicht so sehr einzuschränken brauchen. Wir brauchen deshalb bei großen Steuerreformen nicht allzusehr darauf zu sehen, ob dadurch weitere Ausfälle von ein Paar Millionen für die Staatskasse entstehen. Der Herr Finanzminister hat ja selbst bei der Berathung des Etats im Herrenhause im Februar v. J. gesagt: „M. H., ich will Ihnen aufrichtig bekennen, ich würde mich für verpflichtet gehalten haben, auf größere Steuerreformen hinzuwirken, wenn ich nicht bedacht hätte, daß in Zukunft die Heeresorganisation größere Mittel in Anspruch nehmen wird."

Der Herr Minister hat damals offenbar an die bevorstehende Erhöhung der Matricularbeiträge im Reiche gedacht. Statt der beabsichtigten Erhöhung von 13½ Millionen für unsern Staatshaushalt ist nun aber in Folge des ablehnenden Reichstagsbeschlusses eine Ermäßigung um etwa 800,000 Mark eingetreten. Einige Mitglieder des Reichstags, die auch Mitglieder dieses Hauses sind, warnten uns davor im Reichstage, von der Erhöhung der Matricularbeiträge Abstand zu nehmen, weil sie meinten, der Herr Finanzminister hätte sich bereits auf die vorgeschlagene Höhe der Matricularbeiträge eingerichtet. Nun, wir sehen, daß der Herr Finanzminister es verstanden hat, sich auch anderweitig einzurichten und daß, was ihm unverhofft zugekommen ist, durch Erhöhung der Dotationen für verschiedene Verwaltungszweige unterzubringen. — Man hört wohl diesem Etat gegenüber die Frage aufwerfen, ob die Kassenbilanz, die Bilanz zwischen Einnahmen und Ausgaben, im Etat nicht herbeigeführt werde auf Kosten der Vermögensbilanz, also durch Abnahme des nutzbaren Vermögens des Staates. Auf den ersten Blick könnte man das glauben, da ja in Einnahme gestellt sind einschließlich des Postens bei der Domänenverwaltung, 22 Millionen Mark Einnahme aus Veräußerungen von Staatsgrundstücken — wesentlich handelt es sich also um die Einnahme des vormaligen Staatsschatzes. Auf der anderen Seite kommt in Betracht, daß theils in Folge der Consolidation, theils in Folge des Wegfalls von Schuldenposten sich der Betrag derjenigen Summen, welche für die Schuldentilgung verwendet waren, aus den laufenden Einnahmen erheblich vermindert hat. Nach einer von mir sorgfältig angestellten Berechnung bin ich zu dem überraschenden Ergebniß gekommen, daß wir in diesem Jahre aus laufenden Mitteln zur Vermehrung des unmittelbar nutzbaren Staatsvermögens viel mehr verwenden, als im vorigen Jahre. Während in diesem Jahre der Etat mit einem Plus von 18½ Millionen abschließt, hat der vorjährige Etat blos mit einem Plus von 6½ Millionen abgeschlossen; dieser Etat beansprucht also 12 Millionen mehr zur Vermehrung des nutzbaren Staatsvermögens.

Ich habe bei meiner Rechnung ganz außer Acht gelassen die erheblichen Summen, die im Ordinarium der Domänen-Verwaltung, der Forstverwaltung, der Berg- und Hüttenverwaltung und der Eisenbahnverwaltung, ausgesetzt sind. Diese Summen bleiben allerdings mit 15 Millionen Mark um 5 Millionen hinter der gleichartigen Summe des Vorjahres zurück. Stelle ich nun die Rechnungen aus Ordinarium und Extraordinarium zusammen, so komme ich zu dem Schlußergebniß, daß in unserem diesjährigen Etat eine Vermehrung des nutzbaren Staatsvermögens um 33½ Millionen Mark ausgesetzt ist, während der vorjährige Etat nur einen solchen Posten in Höhe von 26½ Millionen Mark nachwies. Der Unterschied steckt namentlich im Extraordinarium des Eisenbahnetats. Letzteres zeigt allerdings eine Verminderung gegen das Vorjahr um 8 Millionen Mark. Man darf aber nicht vergessen, daß im vorigen Jahr 24 Millionen Mark verwandt wurden zur Dotirung des Extraordinariums der Eisenbahnverwaltung aus Mitteln der französischen Kriegscontribution, also nicht aus laufenden Einnahmen. Diese Verstärkung unseres Etats fällt in diesem Jahre fort; gleichwohl vermindert sich das Extraordinarium des Eisenbahnetats nicht um diesen Betrag von 24 Millionen Mark, sondern nur um einen Betrag von 8 Millionen Mark, so daß wir mit 16 Millionen Mark den Unterschied aus den laufenden Mitteln in diesem Jahre zu decken haben. Nun ist es ja unzweifelhaft, daß wir auf manche der jetzt noch vorhandenen Einnahmebeträge in den nächsten Jahren nicht in demselbem Umfange rechnen können. Die Verwandlung der Preußischen Bank in eine Reichsbank wird in zwei Jahren eine Differenz von 5 Millionen Mark im Etat ergeben. Die Seehandlung wird vielleicht auch nicht mehr so große Ueberschüsse abführen. Zugleich kommt doch aber auch in Betracht, daß das Extraordinarium noch sehr hoch dotirt ist. Es ist uns möglich geworden, durch die reichen Dotationen in den letzten Jahren viele Bedürfnisse zu befriedigen, die man früher zu befriedigen versäumt hat. Es würden also nach deren Befriedigung gewisse Beschränkungen zulässig sein, ohne daß daraus Nachtheile entstehen. Aber auch die Einnahmen werden steigen; dieselben sind durchaus nicht zu hoch veranschlagt, namentlich nicht bei der Forst-, der Justiz-, der Bergwerks- und Hüttenverwaltung.

Wenn ich nun auch hiernach im Ganzen unseren finanziellen Horizont für sehr klar ansehe, so besteht doch eine Gefahr für die Ordnung desselben; dieselbe liegt in unseren Staatseisenbahnen. Wenn wir in der Weise, wie es in den letzten Jahren geschehen ist, fortfahren, unsere Einwilligung zum Bau von Staatseisenbahnen zu geben, so wird binnen Kurzem unser ganzes Finanzsystem in Zerrüttung kommen. Die Staatseisenbahnen erheischen mit ihrer wachsenden Bedeutung im Rahmen des Etats in jedem Jahr eine erhöhte Aufmerksamkeit. Man hat im Etat viele Wünsche der Budgetcommission berücksichtigt und auch das Anlagecapital der Bahnen berechnet. Diese Rechnung wirkt aber eher verwirrend, als aufklärend; wir vermissen dabei die Berechnung der Bauzinsen, die vielleicht das Anlage-Capital bis zu 10 pCt. erhöhen würden; ferner die beträchtlichen Summen, welche aus den Ordinarien der Etats zur Vermehrung des Anlage-Capitals verwandt worden sind. Wir wissen aus den Verhandlungen der Budgetcommission, daß die einzelnen Verwaltungen ihr Möglichstes thun, um im Ordinarium große Summen derart zu verstecken, weil sie glauben, dann vor der Kritik des Finanzministers sicherer zu sein, als wenn sie diese Summen im Extra-Ordinarium in Ansatz bringen. Auch die Pensionen der Eisenbahnbeamten und der ratirliche Antheil an den Centralkosten sind nicht berechnet. Wäre dies geschehen, so würde sich ein viel niedrigerer Reinertrag der Eisenbahnen ergeben haben, als im Etat für 1875 berechnet ist (5,38 pCt.), ja zu einem Procentsatz, der viel geringer ist, als das, was die Beschaffung des erforderlichen Capitals kostet. Bedenken wir doch, daß es Zeiten gegeben hat, in denen wir, um 93 oder 94 Thaler zum Bau von Staatseisenbahnen zu erhalten, eine 4½procentige Verschreibung über 100 Thaler ausstellen mußten. Von Seiten des Privatpublikums wird immer darauf hingewiesen, daß die Eisenbahnen im Jahre 1875 wegen der gesunkenen Kohlen- und Eisenpreise eine erhebliche Ersparniß haben würden. Wie unser Staatseisenbahnetat zeigt, ist diese große Ersparniß zum großen Theil aufgewogen, ja übertroffen durch die erhöhten Ausgaben für das Beamtenpersonal. Von den Eisenbahneinnahmen sind die Gütereinnahmen die hauptsächlichsten und der Anschlag im Etat setzt voraus, daß die Tariferhöhung im nächsten Jahre fortdauern wird.

Inzwischen ist aber von Seiten des Bundesrathsausschusses ein Antrag beim Plenum gestellt, für wesentliche Theile der Transportmengen, namentlich für Kohlen, zu den früheren Sätzen zurückzugreifen. Die Interessentenkreise haben freilich in Bezug auf die Herabsetzung der Tarife das Möglichste gethan. Die Agrarier haben sich mit den Eisenschutzzöllnern und den Kohlengrubenbesitzern verbunden und wenn ich nach den Zuschriften, die schon im Abgeordnetenhause aus solchen Kreisen bekannt sind, bemesse, was unser Ministerium von dem Andrange dieser Leute zu leiden hat, so kann ich mir einen Begriff machen, wie schwierig es für diese Herren ist, für andere Geschäfte Zeit zu behalten. Ich freue mich jedesmal, wenn ich aus dem Zorn der Börsenpresse über den Herrn Finanzminister entnehme, daß derselbe irgend eine Interessentengesellschaft, die sich an ihn herandrängt, wieder einmal gründlich hat abfallen lassen. (Heiterkeit.) Wenn unsere Eisenbahnetats auch jetzt noch ein leidliches Aussehen haben, so müssen wir doch bedenken, wie viel neue Eisenbahnen noch gebaut werden sollen. Ich kann mich nicht enthalten, eine sehr unpopuläre Ansicht auszusprechen, die auch vielleicht auf einigen Seiten des Hauses unangenehm berührt; ich meine nämlich, die Staatsregierung könnte nichts Besseres thun, als das Haus zu ersuchen, sie zu entbinden von dem Bau der Berlin-Wetzlarer und der Hinterpommerschen Bahn (Sehr richtig!) Ich freue mich, daß ich mit dieser Ansicht doch nicht so ganz allein stehe. Jedenfalls müssen wir die Staatsregierung bitten, von weiteren Projecten zur Erweiterung des Staatseisenbahnnetzes für mehrere Jahre Abstand zu nehmen.

Man kann sich den Etat am besten dadurch klar machen, daß man denselben in zwei Theile zerlegt; auf der einen Seite die Betriebsverwaltung, die Einnahmen und Ausgaben des Finanzministeriums, die Dotation für die öffentliche Schuld, auf der anderen die Einnahmen und Ausgaben des Staatsministeriums, des Handelsministeriums für Bau- und Gewerbeverwaltung, des Justizministeriums, des landwirthschaftlichen und des Cultusministeriums. Der eine Theil, der productive, giebt dem consumirenden nur etwa 3 Millionen Mark mehr als im Vorjahr ab. Wenn daher einzelne Ministerien eine erheblich höhere Dotation empfangen haben, so ist das auf Kosten der anderen Ministerien geschehen. Beispielsweise sind im Extraordinarium des Handelsministeriums für Canalbauten 8 Millionen Mark weniger angesetzt, als im Vorjahr, nämlich nur 4 Millionen. Allerdings glaube ich, daß im Vorjahr die Bereitwilligkeit des Finanzministers in diesem Punkte größer war, als die Möglichkeit im Ressort des Handelsministeriums, die bewilligten Summen entsprechend zu verwenden. Bei der Berathung der Canalprojecte in der Budgetcommission hatte ich das Gefühl, als ob wir mit der Realisirung solcher Projecte Gefahr liefen, im buchstäblichen Sinne des Wortes Geld ins Wasser zu werfen. Bei dem Project der Lahncanalisation ist uns ja gelungen, dies auch calculatorisch nachzuweisen. Wenn nämlich alle Güter, die man in Folge der Canalisation die Lahn herunterzuführen in Aussicht nahm, auf der Lahnbahn vom Staat unentgeltlich verfahren würden, würde der Staat noch ein besseres Geschäft machen, als wenn er den Canal dazu baute. (Heiterkeit.) Man hat von dem Projecte auch Abstand genommen. Wir werden überhaupt erwägen müssen, ob nicht ein Theil des Wasserbauwesens auf den Haushalt der Provinzen zu übertragen sein möchte. Für die hinterpommerschen Häfen sind wieder 855,000 Mark ausgeworfen. Wenn man zu dieser Summe den Zinszuschuß für die hinterpommersche Eisenbahn und für die Bahn Köslin-Danzig hinzunimmt, so ergiebt dies schon einen höheren Betrag, als der ganze Regierungsbezirk Köslin an directen Steuern und dazu noch aus seinen Domainen und Forsten aufbringt. Die Regierung scheint also gegen Hinterpommern besonders freigebig zu sein. Die 54 Millionen Mark, die wir demnächst für die Hinterpommersche Bahn verwenden, von der wir wissen, daß sie sich nicht rentirt, habe ich noch gar nicht gerechnet. Man kann freilich entgegnen, auf diese Weise dürfe ein Staat nicht rechnen, er dürfe nicht mit der einzelnen Landschaft aufrechnen, was sie einbringt und kostet; aber man kann auch von dem entgegengesetzten Grundsatze aus dahin kommen, die Capitalien im Lande künstlich zu vertheilen und auf dem Umwege der Staatskasse dahin zu führen, wo eigentlich die Voraussetzungen zu einer productiven Verwendung in einem gewissen Umfange noch nicht vorhanden sind.

Ich mache diese Bemerkung schon jetzt, um vorzubeugen, daß nicht aus dem hinterpommerschen Unternehmen des Herrn Wagner, der pommerschen Centralbahn demnächst irgend welche Ansprüche an die Finanzen des Staates geknüpft werden möchten. Was den Etat für das Ministerium des Innern betrifft, so finden wir in demselben freilich alle königlichen Polizeiverwaltungen in den Stäten aus dem vorigen Jahre wieder, selbst in den Städten, wo die Nützlichkeit im Hause erheblichen Zweifeln unterworfen war. Vielleicht ist es aber richtiger, die Berathung über Reorganisation der Polizei in den Städten an die Communalreform anzuknüpfen. Den Wünschen des Hauses entsprechend, hat man Zehrungskosten für die Gendarmen ausgesetzt, auch für eine bessere Bekleidung und Ausrüstung der Gendarmen mehr aufgewendet. Ich bedaure nur, daß man nicht in Aussicht genommen hat, die Gendarmen ihrem Berufe etwas mehr entsprechend zu bekleiden und auszurüsten, denn der blinkende Helm und das weiße Bandelier macht sie ja schon auf tausend Schritte für den Landstreicher erkenntlich. (Heiterkeit.) — Es ist ferner eine erhebliche Summe für Standesämter ausgeworfen, die vom Staate besonders beauftragte Beamte zu verwalten haben. Die Summe würde voraussetzen, daß etwa der achte Theil der Standesamtsverwaltung nicht von Gemeinde- und Communalbeamten, sondern von besonderen Staatsbeamten zu führen ist. — Was die geheimen Fonds in Verbindung mit dem Reptilienfonds betrifft, so kann ich mir in diesem Jahre eine größere Auseinandersetzung ersparen, denn die officiöse Presse hat im Laufe des vorigen Jahres so viel zu öffentlichem Aegerniß Veranlassung gegeben, daß es nicht mehr nöthig ist, die öffentliche Aufmerksamkeit noch darauf zu lenken (Heiterkeit); so zuerst mit dem Fall des Kapitän Werner, bei dem Kullmann'schen Attentat, dann mit dem Prozeß Arnim und zum würdigen Schluß des Jahres ist aus Anlaß des Falls Majunke auf der ganzen Linie ein großes Geschimpfe gegen den Parlamentarismus überhaupt und gegen den Abg. Lasker im Besonderen losgegangen und erst nach Neujahr hat man die wilden Leute wieder zurückgepfiffen. (Heiterkeit). Vielleicht giebt das Ableben des Kurfürsten von Hessen der Staatsregierung Veranlassung, mit der Beseitigung des Reptilienfonds endlich vorzugehen.

Was das landwirthschaftliche Ministerium betrifft, so ist dasselbe ja sehr reichlich bedacht; es stechen besonders in die Augen der Fonds für ein neues Gebäude des Ministeriums und die Erhöhung des Meliorationsfonds. Wenn man in den Motiven liest von dem licht- und luftlosen, nach einem engen Hofe belegenen Wohnzimmer des landwirthschaftlichen Ministers, so muß man freilich in Verwunderung gerathen, daß es schon so dauerhafte landwirthschaftliche Minister gegeben hat. (Sehr gut!) Mir scheint es aber doch nicht so ganz entschieden, daß der Fortbestand des landwirthschaftlichen Ministeriums absolut nothwendig ist. Ich kann mir wohl denken, daß, nachdem in diesem Ministerium so viele Jahre hindurch überhaupt nicht gearbeitet worden ist, nun ein eifriger und arbeitslustiger Minister für einige Jahre vollauf zu thun hat, um die Reste aufzuarbeiten. Wenn aber die nothwendigen Gesetze erlassen sind, dann fragt es sich doch wieder, ob für einen tüchtigen Minister genug zu thun ist, um so mehr, als wir nicht davon Abstand werden nehmen können, gewisse Theile des landwirthschaftlichen Haushalts an die Provinzen zu überweisen. Nebenbei scheint es mir überhaupt auch an der Zeit zu sein, die gesetzliche Organisation unserer obersten Staatsbehörden wieder in's Auge zu fassen. Ich möchte dabei den Gedanken aussprechen, ob es, nachdem wiederholt abgelehnt ist, die Domänen- und Forstverwaltung mit dem landwirthschaftlichen Ministerium zu verbinden, nicht vielleicht richtiger wäre, die Handels- und Gewerbeabtheilung des Handelsministeriums mit diesem Ministerium zu verbinden. Es würde für den Handelsminister noch genug zu thun übrig bleiben, wenn er nur mit der Aufsicht über das Eisenbahnwesen und die Bauabtheilung betraut würde. Außerdem glaube ich, daß es viel richtiger wäre, das Landesökonomie-Collegium ganz abzuschaffen, als ihm einen neuen schönen Saal im Ministerialgebäude anzuweisen. In unserer Zeit sorgen die Berufscassen selbst dafür, daß ihre besonderen Interessen vertreten werden, so daß man wirklich von Staatswegen nicht nöthig hat eine solche Vertretung zu organisiren. Die Landwirthschaft hat das Ungenügende des Collegiums selbst empfunden und sich daneben selbst eine Organisation geschaffen und ich muß sagen, daß der deutsche Landwirthschaftsrath mit dem Herrn v. Wedell-Malchow an der Spitze mehr leistet, als das gesammte Landesökonomie-Collegium. (Sehr richtig!) Was die Erhöhung des Landesmelioriatsfonds betrifft, so bezweifle ich nicht, daß das Geld untergebracht werden wird, aber es liegt die Frage nahe, ob es nicht richtig wäre, die Verwaltung solcher Meliorationsfonds vom landwirthschaftlichen Ministerium abzutrennen und mit den provinzialen Haushalten zu verbinden. — In diesem Jahre finden wir dann auch die Schauprämien wieder in Rennprämien verwandelt. Ja, es wird auch dem Hause zugemuthet, ein ganz erkleckliches Reugeld für seinen früheren Beschluß zu bezahlen, indem der Fonds von 60,000 auf 70,000 Thlr. erhöht ist. Ich will in dieser Session gegen die Motivirung keine weitere Opposition machen, denn ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß man mit derselben Zeit und derselben Arbeitskraft eher dazu kommen kann, anderweit Millionen abzusetzen, als hier nur 10,000 Thaler.

Was nun den Etat des Cultusministeriums betrifft, so sticht ganz besonders in die Augen die Erhöhung des Fonds zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen, denn die Lehrer sind doch hier nur ornamental hinzugefügt, um zwei Millionen Mark. Wir haben im vorigen Jahre diesen Fonds um 250,000 Thlr., im Jahre zuvor um 50,000 Thlr. erhöht; in der Denkschrift über die Verwendung dieser Summen sagt der Herr Minister, daß er aus diesem Fonds den Geistlichen auf 10 Jahre Besoldungsverbesserungen zuerkannt hat. Ich setze voraus, daß der Minister diese Anweisung auf 10 Jahre nur gegeben hat, unter dem Vorbehalt, daß das Abgeordnetenhaus in jedem Jahre diesen Fonds bewilligt. Sollte das nicht der Fall sein, so würde der Minister seine Befugniß überschritten haben, denn es ist ausdrücklich constatirt worden, daß es hier keineswegs auf die Dotation der Geistlichen abgesehen sei, sondern daß das Haus in der Lage bleibe, in jedem Jahre diese Bewilligung zurückzunehmen. Der Minister hat die Erhöhung damit befür-

wortet, daß man mildernd auf die Mißstimmung einwirken wolle, die unter der Geistlichkeit in Folge der neuen Gesetzgebung eingetreten sei. Diese Erwartungen haben sich durchaus nicht erfüllt. In Bezug auf die katholische Geistlichkeit, glaube ich, konnte man das billigerweise auch nicht erwarten. Was die evangelische Geistlichkeit anlangt, so haben Sie ja jetzt in den Synoden wahrnehmen können, wie die Herren Geistlichen gestimmt sind. Es ist lediglich dem parlamentarischen Ungeschick und der knappen Zeit zuzuschreiben, daß man nicht zu direct feindseligen Kundgebungen gegen den Minister vorgegangen ist. An manchen Orten ist dies ja gleichwohl geschehen. Es wurde gesagt, wir könnten nicht umhin, aus Billigkeitsgründen in der gegenwärtigen Lage die Geistlichen zu unterstützen. Die Geistlichkeit faßt diese unsere Gnadenbewilligung jetzt als ein Recht auf und sie verlangt schon von Rechtswegen noch viel mehr, als wir ihr zuerkannt haben. Bereits beruft man sich überall auf das Gesetz von 1810, wenn nicht gar auf den westfälischen Frieden: von der Verfassungsurkunde, welche dazwischen liegt, nehmen die Herren keine Notiz und rechnen können sie überhaupt nicht, denn dann müßten sie wissen, daß von dem Gesetze von 1810 und der damaligen Confiscation der geistlichen Güter sich nicht solche Ansprüche herleiten lassen. Es ist gesagt worden, wir möchten den Gemeinden, die nicht leistungsfähig sind, etwas zuwenden.

Jetzt beginnt man dem Begriffe der Leistungsfähigkeit schon eine ganz andere Ausdehnung zu geben; man betrachtet eine Gemeinde als nicht leistungsfähig, wenn sie nichts leisten **will**. Diese Anschauung finden wir schon in der Denkschrift in Bezug auf die Entschädigung der Geistlichen wegen des Civilehegesetzes vertreten; da sollen die Herren auch entschädigt werden für den Ausfall, der durch die freiwillige Herabsetzung, bezw. Einschränkung der kirchlichen Aufgebote von Seiten der Kirche entsteht, dafür daß die Kirche freiwillig ihre Preise herabsetzt, um die alte Nachfrage zu erhalten. (Heiterkeit links.) Die Synoden verlangen den Wegfall der Stolgebühren und Entschädigung seitens des Staates, die pommersche Synode giebt uns in Bezug auf die Deckungsfrage den guten Rath, eine Staatssteuer auf die Civilstands-Acte zu legen in der Weise, daß die Geistlichen dadurch entschädigt werden für den Ausfall der Stolgebühren. Die Geistlichen wollen also, daß die Brautpaare die Geistlichen bezahlen, auch wenn sie sie nicht in Anspruch nehmen, aber sie wollen den Staat zum Executor machen und ihm die Gehässigkeit aufbürden. Das Civilehegesetz hat auch die Folgen gehabt, daß es die wahren Zustände der evangelischen Kirche offen und klar gelegt hat. Nachdem nun Niemand mehr gezwungen werden kann, sich kirchlich trauen und taufen zu lassen, **tritt es klar hervor, daß unter den Mißregierungen von Mühler und Raumer die evangelische Kirche gerade in dem Mittelpunkte der Bildung und Gesittung jeden Boden im Volke vollständig verloren hat** (sehr wahr! links), daß sie aufgetrocknet ist zu einem kaum noch einen Inhalt aufweisenden Schemen. Man wagt es nicht, die Stolgebühren zu erheben, weil man befürchtet, dann kommen die Leute nicht zum Geistlichen; man wagt nicht eine Kirchensteuer zu erheben, weil man der Ansicht ist, daß es nur eines leisen Anstoßes bedürfte und das nur noch formell und äußerlich aufrecht stehende Gebäude bricht vollständig zusammen. Nun sollten doch die evangelischen Geistlichen zur Erkenntniß ihrer Sünden kommen und es sich angelegen sein lassen, von unten herauf im Herzen und Gemüth des Volkes wieder einen Anhalt zu gewinnen. Statt dessen meinen sie durch stärkere Kirchenzucht, größere Anmaßung und Herrsucht sich oben halten zu können. (Sehr wahr!).

Weil die Geistlichen sich nicht an ihre Gemeinden wenden mögen, darum soll der Staat eintreten; sie ziehen es vor, Staatspensionäre zu werden, als sich mit ihren Gemeinden auf guten Fuß zu stellen. Das System also, welches wir jetzt mit der Dotation begonnen haben, ist mehr geeignet, ihre äußere Herrschaft über die Gemeinden zu erhalten, als sie in Wahrheit zu Dienern der Gemeinden zu machen. Ich behaupte nicht, daß der Minister Dr. Falk diese Tendenz theilt, aber eins muß ich sagen: er macht ihnen Concessionen, und jede Concession wird als Schwäche aufgefaßt; (Sehr wahr! links.) er sucht zu vermitteln, und jede Vermittelung steigert nur die Anmaßung dieser Herren. (Sehr wahr! links.) Die große Mehrheit hat ja die Politik des Ministers gegenüber der katholischen Kirche rückhaltslos unterstützt, ich muß sagen, daß ich dem Gesetzentwurf über die kirchliche Vermögensverwaltung meine wärmsten Sympathien entgegentrage; aber wir haben doch allen Grund, in den Maßnahmen, die er in Bezug auf die evangelische Kirche vorschlägt, vorsichtig zu sein. Es thut mir jetzt gar nicht leid, daß Sie die Synodalkosten bewilligt haben, nun sieht es alle Welt deutlich, welcher Schaden in der Entwickelung unseres Volks- und Staatslebens gestiftet worden wäre, wenn das Haus damals der Synodalverfassung die gesetzliche Sanction ertheilt hätte. (Sehr wahr! links.) Darum sollten wir Bedenken tragen, dem Minister im Budget auf einem Wege noch weiter zu folgen, der schließlich auch dahin führen wird, die Kirche mehr und mehr zur Staatsanstalt zu machen, die Geistlichen äußerlich unabhängig von ihren Gemeinden zu stellen und sie damit in Bestrebungen zu unterstützen, die Kirchengemeinden zu beherrschen. — Im **Extraordinarium** des Cultus-Ministeriums finde ich einen etwas dunklen Titel für ein **Campo santo** in Berlin. Es scheint mir diese erste Rate von 600,000 M. die schmale Spitze einer weitgehenden Forderung zu sein. Ich weiß nicht, was sie eigentlich bedeutet. Evangelische Kirchen hat der Staat nicht zu bauen und wenn es sich nur um eine Fürstengruft handelt, so bin ich der Ansicht, daß diese zu bauen Aufgabe des Kronfideikommisfonds ist. Dieser hat die Natur eines Pauschquantums, er schließt daher die Bewilligung zu Specialzwecken aus. Würden wir daneben etwas bewilligen, dann müssen wir ihn überhaupt specialisiren und schließlich auf den Weg kommen, den man mit der Specialisirung der Civilliste in England eingeschlagen hat.

So wenig ich sonst ein Freund der Pauschquantumswirthschaft bin, möchte ich diesen Weg doch nicht betreten; es könnte sonst die parlamentarische Kritik leicht in Conflict mit den persönlichen Wünschen des Herrschers gerathen. Ich glaube, beide Theile, sowohl das Abgeordnetenhaus wie das königliche Haus, haben ein Interesse daran, es beim bisherigen Zustande zu belassen, und darum müssen wir à limine Alles abweisen, was einem Verlassen unserer bisherigen Principien in dieser Beziehung ähnlich sieht. Für Kunst und Wissenschaft sind größere Summen ausgeworfen und es ist sehr zu begrüßen, daß man sich endlich entschlossen hat, daß das Plus der Garde du Corps-Kaserne-Gebäude höheren Zwecken weiche. Ich bedaure nur, daß dieser Theil des Etats so überaus kärglich motivirt ist. Die Wortkargheit bei diesem Ministerium sticht überhaupt sehr ab gegen die Redseligkeit, die in den Motiven des landwirthschaftlichen Ministeriums zu Tage tritt. (Heiterkeit.) Die Form des Etats für das Cultusministerium läßt viel zu wünschen übrig. Die Zuschüsse für die Kirchen und Geistlichen sind zu wenig specialisirt, außerdem kommen Hunderte von Uebertragungen aus einem Titel in den andern vor; mindestens hätten dieselben motivirt sein müssen. In dem Kapitel von den Schulaufsichtsposten ist in Bezug auf unklare Darstellung das Möglichste geleistet. Im vorigen Jahre kam es in der Budgetcommission zur Sprache, daß bei der Universitätsverwaltung Etatsüberschreitungen bei Bauten und bei sachlichen Ausgaben gedeckt wurden durch Ersparnisse bei den Besoldungen der Professoren. In diesem Etat ist allerdings vermerkt, daß man von dieser Praxis abgegangen sei, in Folge dessen seien aber pro 1873 und zurück bei einer Reihe von Instituten Etatsüberschreitungen entstanden. Anstatt nun letztere zu buchen und die nachträgliche Genehmigung in der Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben nachzusuchen, sucht man für bereits 1873 verwendete Gelder hier im Etat für 1875 nach!

Für die Zukunft aber will man durch eine Verstärkung des Titels „Insgemein" einen Etatstitel für Etatsüberschreitungen schaffen. Ein wunderliches Beispiel findet sich bei einem Fonds: „zur Erhaltung von Kunstdenkmälern im Regierungsbezirk Kassel." Es heißt da: „Der nur mit 1500 Mark dotirte Fonds wird behufs Deckung der im Jahre 1875 erforderlichen Ausgaben um 2400 Mark überschritten werden müssen. Durch etwaige künftige Ersparungen ließen diese Ueberschreitungen sich nicht tilgen." Man entschuldigt sich also damit, daß man keinen Vorgriff in künftige, von uns noch gar nicht bewilligte Fonds machen könne, weil man keine Aussicht habe, das später wieder einzubringen. Die Naivetät, mit welcher man hier solche Grundsätze ausspricht, zeigt, daß man im Cultusministerium keine Ahnung hat von den Grundsätzen, auf denen unsere ganze finanzielle Ordnung und Ordnung des Etats beruht. Ich bin weit entfernt, den Herrn Minister persönlich dafür verantwortlich zu machen; er müßte sich doch aber die erforderlichen Kräfte zur Seite stellen, die hinreichend sind, um in seinem Etat die so sehr wünschenswerthe Ordnung herzustellen. Ich habe dies Alles nur angeführt, um den Herrn Finanzminister von der Nothwendigkeit zu überzeugen, ein Gesetz über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben zu Stande zu bringen, obgleich ich anerkenne, daß unser Etat seit dem Amtsantritt des Herrn Finanzministers erheblich an Klarheit gewonnen hat. Ich wünschte aber, daß der Herr Minister sich das Programm, welches aus der Berathung der Reichstagscommission über das Gesetz der Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben hervorgegangen ist, sich im Wesentlichen aneigne. Die Berathung des Etats könnte um so kürzer ausfallen, je klarer der Etat formell wird. (Beifall.)

Cultusminister Dr. **Falk**: Im Allgemeinen ist es nicht zweckmäßig, bei der ersten Berathung des Etats auf Einzelnheiten einzugehen, weil man besser Erörterung und Beschlußfassung eng aneinanderschließt. Aber auf verschiedene Vorwürfe des Vorredners muß ich antworten, sofern sie ganz allgemeiner Natur sind und ich Gewicht darauf legen muß, ihnen sofort widersprochen zu haben. Viele Positionen in dem Etat des Cultusministeriums sind allerdings knapp motivirt, aber es befindet sich darunter eine große Anzahl neuer und sehr wichtiger, und der Vorredner als gewiegter Finanzmann wird wissen, daß es nicht leicht ist, über solche Positionen zur abschließenden Einsicht zu kommen. Der Herr Finanzminister hat bei diesen Dingen auch ein gewichtiges Wort mitzureden, und die mit ihm gepflogenen Erörterungen haben erst in den allerletzten Tagen des vergangenen Jahres ihren Abschluß gefunden. Es lag aber der Staatsregierung daran, den Etat sofort vorzulegen; deshalb mußte das, was im Etat steht, beeilt und infolge dessen kurz gefaßt werden. Damit ist die Staatsregierung natürlich nicht frei von der Verpflichtung bis zu der Zeit, wo Sie in die Berathung eintreten, Ihnen die gehörige Begründung nachzuliefern. So wird Ihnen in Betreff des Postens für die Elementarlehrer eine ausführliche Uebersicht zugehen, Sie werden über die Gedanken der Staatsregierung bei ihrem Vorschlage über die Reorganisation der Akademie der Künste wenn möglich in präciser formulirter Weise unterrichtet werden. Die übrigen Vorwürfe des Vorredners gegen das Cultusministerium sind im Wesentlichen unbegründet. Das Cultusministerium soll keine Ahnung davon haben, wie ein Etat aufgestellt werden müsse, aber da der Herr Finanzminister bei der Aufstellung zustimmend mitgewirkt hat, ist der Vorwurf wohl nicht so schwerwiegend. (Heiterkeit.) Und hat doch der Vorredner selbst dem Etat des Cultusministeriums im vorigen Jahre das Lob ertheilt, daß er klarer geworden sei. Er hat dann weiter angeführt, daß eine genaue Specialisirung der Dotation der Geistlichen nicht ausgeführt sei.

In Bezug auf diesen Punkt wird Ihnen auf das aller Ausführlichste nachgewiesen werden, daß es nicht möglich ist, diese Verpflichtungen nach ihrem Grunde zu sondern und Titel zu schaffen, die einmal das zusammenfassen, was auf Grund einer zweifellosen Rechtspflicht geleistet wird, und den Rest ebenfalls zu einer Gruppe vereinigen. Die Uebertragungen, die er erwähnt hat, scheinen mir deutlich zu sein, sie beruhen fast durchgehends auf Erörterungen der Budgetcommission im vorigen Jahre, deren Wünschen man sich angeschlossen hat. Ich will nicht bestreiten, daß eine Uebertragung die früher, um mich so auszudrücken, von rechts nach links gemacht worden ist, jetzt wieder von links nach rechts gemacht wird. Und warum? Weil es die Budgetcommission gewünscht hat. (Heiterkeit.) Der Vorwurf trifft also auch die Budgetcommission. Ich freue mich, daß er bereitwillig ist, die die Summen zum Zwecke der Schulaufsicht zu bewilligen; ich weiß aber ebenso, daß es eine besondere — Liebhaberei wäre nicht der richtige Ausdruck — aber eine besondere Bestrebung von ihm ist, bei der Position zu sprechen, die von den Schulaufsichtskosten für Geistliche handelt. Er hat dafür gewirkt, daß die Vorschläge der Staatsregierung keine Annahme fanden. Heute hat er mir vorgeworfen, daß die Position wieder erhöht sei: ich hätte sie gern erhöht, aber Angesichts des vorjährigen Beschlusses des hohen Hauses blieb mir nichts übrig, als auf diesen Wunsch eine gerechte Forderung zu erfüllen, verzichten zu müssen. Bei dieser Position wird eine weitere Uebertragung als unstatthaft bezeichnet. Der Vorredner wird eingedenk sein, daß zunächst die weltlichen Schulinspectoren zur Probe arbeiten müssen; das erfordern die Interessen, die ihnen anvertraut sind. Wenn bewiesen ist, daß die Persönlichkeit geeignet und ein Bedürfniß zu weltlichen Schulinspection vorliegt, erst dann kann zur definitiven Anstellung geschritten werden, und so ist es gekommen, daß Stellen, die bisher nur commissarisch verwaltet wurden, nunmehr, weil die geeigneten Personen vorhanden waren, besetzt werden konnten. Es scheint mir, daß ein Mann, der das Etatswesen so gründlich kennt, wie der Vorredner, sich ohne Weiteres selbst hätte sagen können, wie die Sache zusammenhängt. Sein Hauptangriff richtete sich gegen den Antrag, die Einnahme der Geistlichen zu erhöhen: in ganz ähnlicher Weise, wie im vergangenen Jahre, glaube ich, wurde die Parallele mit den Lehrern gezogen und gesagt, daß den Lehrern blos eine Summe bewilligt würde aus ornamentalen Gründen, um unter diesem Schmuck die Bewilligung für die Geistlichen durchzubringen. (Widerspruch links.) Der Ausdruck ornamental ist jedenfalls gebraucht. (Widerspruch links.)

Die Bewilligung für die Lehrer stand bereits im Etat und war in den Erörterungen zwischen dem Finanzminister und mir bereits definitiv in Aussicht genommen, ehe die Frage aufgeworfen wurde, ob den Geistlichen etwas zugewendet wird. Ich bitte Sie mir zu glauben, daß ich nicht bloß, um eine Position für die Geistlichen durchzulootsen, bestrebt gewesen bin für die Lehrer etwas aufzuwenden, sondern lediglich um ihrer selbst willen. Der Abg. Richter hat nun gemeint, ich hätte entgegen dem Sinne der Bewilligung zu weit gehende Anweisungen an die einzelnen Geistlichen ertheilt. Die Position wird ja wahrscheinlich unter Vorlegung der erlassenen Rescripte zu einer weiteren Erörterung in der Budgetcommission kommen; ich will nur constatiren, daß ich mich in den Grenzen bewegt habe, welche die Natur der vorjährigen Bewilligung als eine Bewilligung zur Stellenverbesserung vorschreibt, und nach den für Bedürfnißzuschüsse sonst geltenden Grundsätzen verfahren bin. Wie zu erwarten war, haben die augenblicklich versammelten oder eben geschlossenen Provinzial-Synoden zu allerlei Argumentationen gegen die Bewilligung dieser Position für die Geistlichen Anhalt gegeben. Es ist ja wahr, daß in diesen Provinzial-Synoden manches Wort gesprochen worden ist, was diesem und jenem nicht gefällt, was auch mir nicht gefällt; aber eins muß ich constatiren, daß gegenüber den Erfahrungen besonders der letzten Monate, die Ergebnisse der Provinzial-Synoden, **eine** ausgenommen, weit über Erwarten günstig gewesen sind. Ich appellire an die Männer, die hier im Hause sitzen und mitgewirkt haben bei den Synoden: binnen einer Frist von wenig Tagen trat die Annäherung der Gegensätze ein und man gelangte zu einem Ausgleich, und das ist eine Erfahrung, die ich freudigen Herzens im Interesse unserer evangelischen Kirche constatire und constatiren muß. (Beifall rechts.) Das Wort des Abg. Richter, die Synoden hätten sich als feindlich entpuppt, hat sich nur an einer Synode bewahrheitet, an der pommerschen; aber wer von denen, die diese Verhältnisse kennen, hat wohl daran gezweifelt, daß es so kommen mußte? Sie kennen ja die Männer, die dort das Wort führen! (Bewegung.) Es ist weiter hervorgehoben, daß sich über die Zuwendungen an die Geistlichen eine unerhörte Anschauungsweise gebildet hat; es ist allerdings von vielen Seiten betont, daß es sich um einen Rechtsanspruch der evangelischen Kirche handle. Ich habe diesen Rechtsanspruch nicht anerkannt und bin deshalb in jenen Kreisen lebhaft angegriffen worden. Aber diese Auffassungen sind jahrelang gehegt und noch jüngst in einer Schrift eines Herrn Gerlach aufs schärfste betont und auch von Liberalen und in liberalen Zeitungen gebilligt worden.

Da können Sie es wirklich den Männern, die mit ihren materiellen und amtlichen Interessen dabei betheiligt sind, nicht übel nehmen, daß sie dem Gedanken einer solchen Rechtspflicht nachhängen. Daß sie aber von dieser falschen Anschauung abzubringen sind, zeigen die Beschlüsse der hiesigen Synode, sowie der Synoden zu Breslau, Magdeburg und Königsberg. Diese friedliebendere Stimmung hat sich in den Synoden, immer die **Eine** ausgenommen, entwickelt und eine Menge Schroffheit beseitigt. Der Vorredner hat ferner erwähnt, die Gemeinden würden nicht recht nach ihrer Leistungsfähigkeit herangezogen. Die Gemeinden sind nach ihrer Leistungsfähigkeit herangezogen worden, ehe aus dem Fonds Zuwendungen gemacht sind; nur dasjenige, was nach gewissenhafter Erörterung nicht zu tragen war, ist auf diese Fonds angewiesen worden und da, wo ich die Ueberzeugung gewann, die Gemeinde könne leisten, sie wolle aber nicht, da habe ich nichts bewilligt, weil ich durch meine vorjährigen Ausführungen gebunden war. Dann hat der Abg. Richter mir der evangelischen Kirche gegenüber den Vorwurf der Schwäche gemacht und hat gemeint, wenn man so viel Concessionen mache, errege man Anmaßungen. Da kommen wir freilich auf einen Punkt, wo meine Auffassung und die seinige ganz unversöhnlich sind. Merkwürdigerweise muß ich ihm einen Vorwurf zurückgeben, den er mir gemacht hat; er meinte diese Dotation, die hier in Aussicht genommen sei — es handelt sich übrigens nicht um eine Dotation, sondern nur um einen Bedürfnißzuschuß — führe dahin, die evangelische Kirche zu einer Staatskirche zu machen. Ich meine, der Standpunkt, den er einnimmt, führt dahin, aus der Kirche eine Staatsanstalt zu machen. Ich habe das Bewußtsein, daß ich als Staatsminister nicht in der Lage bin, nach meinen Anschauungen die Kirche zu regieren; ich bin mir bewußt, daß die Kirche mir selbstständig gegenüberstehe und daß dahin gewirkt werden muß, daß sie noch viel selbstständiger mir gegenüberstehe. Ich bin der Meinung, daß es meine Pflicht ist, alles zu thun, um die verschiedenen Richtungen und Anschauungen innerhalb der Kirche zur gemeinsamen Arbeit für das Wohl und Wehe der Kirche zu vereinigen, die Kirche sich in ihren Organen selbstständig entwickeln zu lassen und diese Entwickelung zu respectiren, das ist Pflicht und nicht Schwäche. (Beifall rechts.)

Abg. **Rickert**: Zur Lösung eines Mißverständnisses zwischen dem Abg. Richter und dem Herrn Cultusminister muß ich zuerst bemerken, daß der erstere nicht die Absicht hatte, dem Cultusminister den Plan zu enterstellen, als ob er unter der Firma „Geistliche und Lehrer" nur die Unterstützung für die Geistlichen durchlootsen wollte. Denn in dem Etat ist ganz ausdrücklich gesagt, daß der Betrag von 2 Millionen Mark in das Extraordinarium aufaufgenommen ist, um dem dringenden Bedürfniß einer Aufbesserung der Geistlichen zu genügen. Der Abg. Richter hat nur die Ueberschrift dieses Titels „Lehrer und Geistliche" getadelt und empfohlen, sie zu ändern, da es sich hier thatsächlich nur um die Geistlichen handele. Was nun den Etat betrifft, so scheint mir doch der Abg. Richter die Tragweite der ins Leben gerufenen Reformen erheblich zu unterschätzen. Ich halte diese Reformen für die wichtigsten, die in Preußen seit geraumer Zeit überhaupt ins Werk gesetzt sind, die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer und die Reform der Classensteuer sind so tief entscheidende und das wirthschaftliche Wohl des Volkes fördernde Maßregeln, daß ich glaube, wir haben keine Ursache, das Verdienst des Herrn Finanzministers in dieser Beziehung zu verkleinern. Ich freue mich namentlich, daß die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer sich in Wirklichkeit leichter und schneller gemacht hat, als es regierungsseitig angenommen wurde. Es wurde uns damals gesagt, ihre sofortige obligatorische Aufhebung könne in einer Anzahl von Communen ohne Ruin des communalen Haushaltes unmöglich eingeführt werden. Und was haben die Thatsachen ergeben? Gerade die angeführten Communen: Berlin, Königsberg, Graudenz u. a. haben aus eigener Initiative die Mahl- und Schlachtsteuer aufgehoben, und nur die geringe Zahl von etwa 6 Städten hat es vorgezogen, noch eine Zeit lang, wie ich hoffe, nur für 3 Jahre diese Steuer zu behalten. Was die finanzielle Tragweite dieser Reformen betrifft, so erhellt dieselbe deutlich aus einer Vergleichung der Isteinnahme des Jahres 1873 und der Etatsposition des Jahres 1875. Die Classensteuer, die Mahl- und Schlachtsteuer, sowie die Chausseegelder haben im Jahre 1873 die Summe von 60 Millionen aufgebracht, die Zeitungs- und Kalendersteuer 3,600,000 M., in Summa also 63,600,000 M. Ziehen wir hiervon die Verwaltungskosten im Betrage von 1,890,000 M. ab, so verbleibt eine Summe von 61,760,000 M.

Rechnen Sie nun weiter diejenigen finanziellen Ausfälle, die die Reform der Gewerbesteuer, also die anderweitige Regelung der Besteuerung der Bäcker, Fleischer, Müller u. s. w. und die Reformen in der Stempelsteuer herbeigeführt haben, so können Sie annehmen, daß die Einnahmen im Jahre 1873 mindestens 63 Millionen Mark betragen haben. Demgegenüber steht im Jahre 1875 ein Etatsansatz von 45 Millionen Mark in der Klassensteuer und in dem Plus bei der klassificirten Einkommensteuer in Folge der Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer. Es hat also thatsächlich seit 1873 ein Steuererlaß von 18 Millionen Mark stattgefunden. Rechnen Sie ferner hinzu, daß die Regierung die Lasten des Landes doch auch damit erleichtert hat, daß sie dauernd auf jene 9 Millionen verzichtet hat, die sie den Provinzen überwiesen, so giebt das eine **Entlastung** des Staatshaushalts zu Gunsten des Landes und der Steuerzahler von 26 Millionen Mark seit 1873. Dieser Betrag ist gewiß kein geringer zu nennen, er ist eine Million höher als die Ersparnisse im Etat der Staatsschuldenverwaltung, die im Ganzen auf 25 Millionen sich belaufen. Welche Veränderungen überhaupt seit wenigen Jahren in unserem Finanzwesen eingetreten sind, das werden die folgenden Zahlen darthun: Seit dem Jahre 1870 sind für den Justiz-Etat 13 Millionen Mark mehr, für das Ministerium des Innern 9 Millionen Mark mehr, für Handel und Gewerbe $11\frac{1}{2}$ Millionen Mark, für das landwirthschaftliche Ministerium $2\frac{1}{2}$ Millionen Mark mehr verwendet worden. Das Extraordinarium hat sich seit 1870 im Handelsministerium von 5 auf 25 Millionen Mark erhöht, das Eisenbahnextraordinarium von $2\frac{1}{2}$ auf 26 Millionen, im landwirthschaftlichen Ministerium von noch nicht $\frac{1}{2}$ Million auf $6\frac{1}{2}$ Millionen. Die erheblichste Erhöhung hat der Cultusetat erfahren. Seit dem Jahre 1870 ist er im Ordinarium von $18\frac{3}{4}$ Millionen auf $43\frac{3}{4}$ Millionen gestiegen. Für das Elementarschulwesen wurden im Jahre 1870 4 Millionen in den Etat aufgenommen; der gegenwärtige Etat weist die Summe von $17\frac{1}{2}$ Millionen hierfür auf; er hat sich also mehr als vervierfacht. In dem gegenwärtigen Etat tritt besonders das überraschend günstige Resultat der Klassensteuer in ihrer Veranlagung hervor.

Gerade dies günstige Resultat sollte aber die Regierung zu einer Reform der Klassensteuer und zwar nicht sowohl in den unteren Stufen, als nach oben hin veranlassen. Ich bin der Meinung, daß die Skala, der Procentsatz, nach welchem die Steuer erhoben werden soll, zu schnell steigt. Er fängt in der untersten Stufe mit 0,56 an und die oberste Stufe hat einen Procentsatz von 2,52. Ein solcher Unterschied ist in keiner Weise gerechtfertigt, wo es sich um Differenzen in dem Einkommen zwischen 200 Thlr. und 900 Thlr. handelt. Die meisten Communen haben jetzt Zuschläge zu den Staatssteuern erhoben von 2–3 Procent und darüber, namentlich die kleineren. Bei uns im Osten ist 200 Procent etwas sehr Günstiges. In der kleinen Stadt Straßburg wird 350 Procent Zuschlag erhoben zur Klassen- und klassificirten Einkommensteuer, in Königsberg 220, in Danzig desgleichen, in Elbing wohl noch mehr. Da nun der Sprung von der untersten bis zur höchsten Stufe ein entschieden zu schneller ist, so müssen wir die günstigen Resultate der Veranlagung der Klassensteuer dazu verwenden, um in den höheren Stufen eine allmälige Ermäßigung eintreten zu lassen, eine Reform, unter deren Durchführung der Staatssäckel keine Einbuße erleiden würde.

Der Redner wendet sich nunmehr dem oben mitgetheilten Antrage in Bezug auf die geschäftliche Behandlung des Budgets zu und erinnert daran, wie viel Zeit die formelle Aufstellung desselben in früheren Jahren gekostet habe und daß das Haus jetzt vor großen und dringenden Reformarbeiten im Gebiet der Verwaltung steht. Unsere Finanzlage faßt der Redner trotz des Druckes, der auf der Erwerbsthätigkeit lastet, als eine befriedigende auf. Allerdings werden in den nächsten Jahren extraordinäre Einnahmen nicht einzustellen sein, aber es hat auch sein Gutes, wenn wir uns wieder an normale Zustände gewöhnen und es fehlt auch nicht an sichtbaren Keimen zukünftiger Ueberschüsse trotz der sehr vorsichtigen Voranschläge des Ministers. Bei den Ausgaben der Betriebsverwaltungen ist auf eine Ermäßigung und in dem riesigen Anwachs der Ausgaben für die Eisenbahnen ist auf einen Stillstand, ja auf eine Umkehr zu hoffen. Von 1870–74 haben sich die Ausgaben bei den Eisenbahnen von 65 auf 122 Millionen, die Einnahmen von 106 auf 172 Millionen Mark erhöht. Die ausgesprochene Hoffnung erscheint also berechtigt.

Der Einfluß des Provinzial-Dotationsgesetzes auf die gesammte Gestaltung unseres Etats ist noch nicht zu übersehen. Es wird sich hier ein Proceß vollziehen, in welchem der Staat einen Theil der Lasten, die ihm jetzt obliegen, abwälzt, und zwar solche Lasten, die ihrer gesammten Natur nach wachsende sind, und ich glaube nicht, daß in der Vorlage ein Weg enthalten ist, der dahin führt, nun auch denen, denen er die Lasten aufbürdet, die wachsenden Einnahmen, welche der Staat gegenwärtig hat, um die Ausgaben zu decken, zu überweisen, insbesondere die Gebäudesteuer. Nach dem Gesetz von 1861 soll alle 15 Jahre eine Revision der Gebäudesteuer stattfinden. Ich glaube, man wird bei Berathung des Dotationsgesetzes dafür sorgen müssen, daß die Ueberweisung der Renten nun auch voll und mit Rücksicht auf die Zunahme der Lasten bemessen wird. Auch in anderer Beziehung haben wir alle Ursache, unsere volle Aufmersamkeit auf die nächste Zukunft zu richten. Man hat seit Jahren in diesem Hause und im Lande die Erwartung ausgesprochen, daß mit der Organisation und Reorganisation der Verwaltung eine Vereinfachung des Geschäftsganges bei den Staatsbehörden und eine Verminderung des Beamtenpersonals eintreten würde. Wir warten darauf seit Jahren vergeblich und auch die gegenwärtige That bietet darin keinen Trost für die Zukunft. Trotzdem mit der Abschaffung des irrationellen Chausseegeldes und der Mahl- und Schlachtsteuer eine erhebliche Zahl von Beamten disponibel geworden, finde ich nun, daß im Etat pro 1875 eine Mehr-Beamtenzahl von 5450 in Ansatz gebracht sind, von denen allerdings 3800 Beamte auf die Eisenbahnverwaltung kommen. Ich glaube, daß dieser colassale Mehransatz kaum hinreichend wird begründet werden können und daß wir in zukünftigen Etats eine strengere Controle und Kritik werden üben müssen, um so mehr, als die Gefahr vorliegt, daß, wenn jene Reorganisation, die in den Motiven zur Provinzialordnung uns vorgeführt wird, Wirklichkeit geworden ist, das Heer der Beamten nicht vermindert, sondern noch um ein Erhebliches vermehrt werden wird. (Hört!) Ich hoffe, daß es noch möglich sein wird, durch die Berathungen dieses Hauses jene Instanz, von der wir immer geglaubt haben, sie würde eines seligen Todes sterben, wenn die Provinzialordnung durchgeführt ist, nämlich die Instanz der Bezirksregierungen, auch wirklich ad acta zu schreiben, und daß man sich mit **einem** Organe in der Provinz behilft, um die Geschäfte des Landes zu führen (Beifall). Ich wiederhole noch einmal: die Finanzlage, welche uns unser gegenwärtiger Etat bietet, ist eine vollständig befriedigende und wir müssen anerkennen, daß der Herr Finanzminister während der Zeit seiner Thätigkeit nicht blos die Mittel für die nothwendigen und nützlichen Ausgaben des Landes zur Disposition gestellt hat, sondern, daß er auch eine erhebliche Erleichterung in der Steuerlast hat eintreten lassen. Wir können nur wünschen und hoffen, daß er auf dem Wege der Steuerreform fortfahren wird, wobei er in diesem Hause eine bereitwillige Unterstützung finden wird. (Beifall.)

Abg. v. **Schorlemer-Alst**: Auch ich erkenne an, daß unsere finanzielle Lage sich als eine erfreuliche darstellt; aber gerade dieser Umstand muß uns überall da zur Vorsicht mahnen, wo es sich in den Einnahmen oder Ausgaben um das Mehr handelt. Eine solche Mehr-Einnahme in Höhe von drei Mill. Mark wird im Etat bei der Einkommensteuer berechnet; ich nehme an, daß dieselbe durch ordnungsmäßige Anlage und nicht durch eine zu scharfe Anspannung der Steuerschraube bewirkt ist. Aber nachdem die Klassensteuer contingentirt ist, scheint es mir nach diesem Ergebniß die höchste Zeit zu sein, auch die Einkommensteuer zu contingentiren. Ehe dies nicht geschieht, ist unsere Verfassung keine volle Wahrheit. Höchst auffallend ist mir ferner die Mittheilung des Finanzministers gewesen, daß ca. $6\frac{1}{2}$ Mill. in Preußen keine Klassensteuer zahlen. Wenn in der That ein so überraschend großer Theil der Staatsbürger keine Steuern zahlt und zahlen kann, so muß ich doch die wirthschaftliche Lage, in der wir uns befinden, trotz aller glänzenden Etatsaufstellungen für eine äußerst bedenkliche halten. Wir bewegen uns da

auf einer schiefen Ebene, die bereits einigermaßen socialdemokratische Fernsichten bietet. Was den Etat selbst betrifft, so constatire ich mit Genugthuung, daß darin für die Zwecke der Landwirthschaft so erfreuliche Mehrausgaben angesetzt sind. Ich erkenne darin auch eine gewisse Garantie, daß das Landwirthschaftliche Ministerium erhalten bleibt. Es ist dies eine dringende Nothwendigkeit. Wenn man uns Landwirthen zumuthen wollte, mit unseren Interessen etwa bei dem Handels- oder Gewerbe-Ministerium unterzukriechen, so würden wir dies nur mit dem höchsten Mißtrauen thun können und immer die Ueberzeugung haben, daß wir nur das Stiefkind der Familie sind. (Sehr richtig! links.) Was die Vorwürfe des Abg. Richter gegen das Landesöconomie-Collegium betrifft, so bin ich in der eigenthümlichen Lage, sowohl Mitglied dieser Behörde als auch des Landwirthschaftsrathes zu sein, welcher letztere von dem Abg. Richter gelobt wurde. Ich muß es dem Minister für die Landwirthschaft überlassen, die Behörden, die zu seinem Ressort gehören, zu vertheidigen. Unter den Mehrausgaben des Etats figurirt auch eine dringend wünschenswerthe für Chausseen. In meinem Heimathlande ist der Zustand der Staatschausseen ein entsetzlicher. Die Staatschausseen gleichen bei uns einem gut gefrorenen Brachacker und ich möchte einmal den Finanz- und den Handelsminister einladen, eine Fahrt auf diesen Chausseen zu probiren, wenn ich dies nicht für ein Attentat auf ihr Leben und ihre Gesundheit halten müßte. (Heiterkeit.)

Die Mehrausgabe für die Landgendarmerie billige ich durchaus. Ich habe eine große Sympathie für unsere Gendarmen, trotzdem einmal ein Gendarm eine Parteiversammlung von uns mit den bekannten Worten aufgelöst hat: „Ueber Thema darf nicht gesprochen werden". Im Etat des Cultus-Ministeriums sind für katholische und evangelische Geistliche Mehrausgaben angesetzt. Diese sind aber für die katholischen Geistlichen deshalb ganz illusorisch und werthlos, weil hier die Regierung mit der einen Hand nimmt, was sie mit der anderen giebt. Möchte ihnen der Staat lieber die Sicherheit geben, daß sie nicht aus ihrer Heimath vertrieben, daß sie nicht ihres Gesammteinkommens beraubt würden, das würde wahrlich werthvoller sein, als diese Etatszulage. (Sehr richtig im Centrum.) Sodann erscheinen wesentliche Mehrausgaben im Etat für den Ausfall der Stol-Gebühren, für Schulinspectoren und für die Standesbeamten. Alle diese Ausgaben haben wir dem Culturkampf zu danken. Früher hieß es immer: Freiheit kostet Geld; jetzt kann man sagen: der Staatszwang kostet Geld. Was die 500,000 Mark für den Ausfall von Stolgebühren der evangelischen Geistlichen betrifft, so ist es doch in der That eine starke Zumuthung, daß wir, die katholischen Staatsbürger, aufkommen sollen für die Verluste, die die evangelische Geistlichkeit hat, weil in Folge eines neuen Staatsgesetzes die Leute sich weniger trauen und taufen lassen. Machen Sie das doch innerhalb Ihrer evangelischen Kirche ab. (Sehr wahr! links!)

Wir haben für unsere Geistlichen zu sorgen und in einem Augenblicke, wo die Regierung ihre Hand auf das gesammte katholische Kirchenvermögen legt, ist eine derartige Zumuthung wirklich auffallend, um es sehr parlamentarisch zu sagen. Die Ausgaben für die Standesbeamten bewegen mich, das dringende Ersuchen an die Staatsregierung zu stellen, daß sie uns endlich einmal eine vollkommen klare Uebersicht über die Communallasten gebe, welche die preußischen Staatsbürger überhaupt zu tragen haben. Für die Elementarlehrer sind 3 Millionen Mark mehr im Etat angesetzt. Trotzdem wir nun von Jahr zu Jahr die Gehälter der Elementarlehrer verbessert haben, sind die Schulamts-Candidaten fortwährend in der Abnahme begriffen. Das scheint mir wesentlich an der mangelhaften Leitung und Geschicklichkeit der neuen Schulinspectoren zu liegen, nachdem man die alten, guten Inspectoren, die dem Staate gar nichts kosteten, entfernt hat. Es entspricht ein solches Resultat allerdings dem von dem Fürsten Bismarck öffentlich ausgesprochenen Grundsatz, es sei besser, daß gar kein Unterricht, als der, wie er sich ausdrückte, von „Ultramontanen", ich würde sagen „gläubig katholischen Christen" ertheilt werde.

Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten Dr. **Friedenthal**: Der Abgeordnete Richter hat das Landes-Oeconomie-Collegium als eine Interessenvertretung dargestellt. Wäre das richtig, so wäre ich allerdings mit ihm darin einverstanden, daß es überflüssig, sogar schädlich wirke, und vom Etat zu verschwinden habe. Das Landes-Oeconomie-Collegium hat aber eine durchaus andere Aufgabe, nämlich die, eine Centralstelle zum technischen Beirath des landwirthschaftlichen Ministers zu sein. Eines solchen technischen Beirathes bedarf ein Ministerium für die Landwirthschaft in hohem Grade. Wenn andere Ministerien, das Finanzministerium für die Forsten, das Handelsministerium für Eisenbahn und Bergbau einen solchen technischen Beirath in den zahlreichen sachverständigen Beamten finden, welche die betreffende Verwaltung führen, so würde solch ein Beirath dem landwirthschaftlichen Ministerim fehlen, wenn es ihn nicht in den Betheiligten, wie sie sich in den landwirthschaftlichen Vereinen organisirt haben, erhielte. In dieser Richtung liegt die Aufgabe des Landes-Oeconomie-Collegiums, und ich werde mich bemühen, es in dieser Richtung zu entwickeln; alsdann hoffe ich, wird sich erweisen, daß dasselbe segensreich und förderlich für das Gedeihen der Landwirthschaft und damit der Gesammtwirthschaft des Landes zu wirken im Stande ist. Was sodann die Ausführung des Abgeordneten Richter über die Decentralisation im Gebiet des landwirthschaftlichen Ressorts betrifft, so wird er, wenn ihm das Dotationsgesetz zugeht, bemerken, daß ein Theil seiner Wünsche schon in der Erfüllung begriffen ist. Das Dotationsgesetz überweist einen erheblichen Theil des Meliorationsfonds den Provinzen, und es wird bei der betreffenden Organisation sich Gelegenheit bieten, eine richtige Grenze zu ziehen zwischen der in die Provinzen zu verlegenden Thätigkeit auf dem Meliorationsgebiet und derjenigen Initiative und über den provinziellen Bereich hinausgehenden Wirksamkeit, welche in der Centralstelle zu verbleiben hat, indem den sog. Ackerbauschulen, welche die unterste Stufe in diesem Unterricht einnehmen, den Provinzen überwiesen werden. Ich behalte mir vor, an geeigneter Stelle dasjenige System darzulegen, welches ich im Allgemeinen für den landwirthschaftlichen Unterricht als das maßgebende erachte.

Abg. v. **Wedell-Malchow**: Ich werde mich auf einige kurze Bemerkungen beschränken, die ich an einzelne Ausführungen des Abg. Richter anschließen kann. Ich stimme mit demselben in dem Wunsche überein, die Grundzüge der Reorganisation unseres Steuersystems vor der Berathung unserer Verwaltungsgesetze kennen zu lernen, weil gerade der Grundbesitz bei der jetzigen Art der Abgaben-Vertheilung außerordentlich hart herangezogen ist, indem er lediglich nach der Ertragsfähigkeit des Bodens ohne Rücksicht auf die auf ihm lastenden Schulden besteuert wird. Ich wünschte daher mit der Verwaltungs-Reform die möglichst gleichzeitige Vorlage eines Communalsteuer-Gesetzes, das meines Erachtens den Weg der indirecten Steuern zu beschreiten hätte. Eine weitere Bemerkung, die ich zu machen habe, ist durch den Abg. Richter, dem ich sonst mit großem Interesse zugehört habe und als Vorsitzender des Landwirthschaftsraths zu besonderem Danke verpflichtet bin, auf die Pommersche Centralbahn provocirt, über deren Gründung und Gründer man denken mag, wie man will, in der aber immerhin ebenso, wie in der Nordbahn ein bedeutendes Nationalvermögen steckt, so daß ich es fast unbegreiflich finden würde, wenn die Regierung es nicht im Interesse der betreffenden Landestheile nutzbar machen wollte, um Zustände in demselben zu beseitigen, die kaum noch aufrecht erhalten werden können. — Der Abgeordnete Richter hat ferner jeden Anspruch der Geistlichen auf eine Staatsdotation bestritten, ich halte im Gegentheil eine angemessene Dotation derselben, wenn auch nicht für eine rechtliche, so doch wenigstens moralische Pflicht des Staats. Einzelne Positionen des Etats heute zu bemängeln, habe auch ich keine Veranlassung, ich kann mir jedoch vor dem Schlusse meines Vortrages einige Bemerkungen über unsere wirthschaftliche Lage nicht ersparen. Dieselbe ist im Allgemeinen eine wenig erfreuliche, wenn ich auch anerkennen muß, daß die Landwirthschaft bisher von der Calamität weniger betroffen wird als Handel und Industrie.

Es wird dem Grundbesitzer sogar jetzt leichter, seine Hypotheken unterzubringen, seit das Capital sich von den Industriepapieren zurückzuziehen beginnt. Indessen werden wir die Einwirkung der ungünstigen Geldverhältnisse zweifellos in kurzer Zeit ebenso lebhaft verspüren, es zeigt sich das bereits an dem ganz unverhältnißmäßigen Rückgang der Viehpreise. Der Finanzminister hat im deutschen Reichstage erklärt, es gäbe gegen die gegenwärtige Krisis nur das eine Rettungsmittel, daß wir billiger produciren lernen, anfangen fleißiger, sparsamer, wirthschaftlicher zu werden. Dieser Rath kann von der Industrie leichter befolgt werden, wie von der Landwirthschaft, die ihr Betriebscapital nicht willkürlich einschränken kann, aber auch die Industrie wird es schwerlich bei der Herabsetzung der Arbeitslöhne bewenden lassen können; ihr wird nicht eher geholfen sein, als bis wir durch Vermehrung der Communicationsmittel die östlichen Provinzen consumtionsfähiger gemacht, und damit den westlichen Industriebezirken ein größeres Absatzgebiet geschaffen haben. Die ganze Frage hängt aber auch mit der gesetzlichen Regelung unserer wirthschaftlichen Verhältnisse auf das Engste zusammen. Ich betrachte die Novelle zur Gewerbeordnung und das augenblicklich im landwirthschaftlichen Ministerium vorbereitete Gesetz über die Verhältnisse der ländlichen Arbeiter nur als die ersten Anfänge einer wirthschaftlichen Gesetzgebung, die ohne eine vorherige Enquete über die ökonomischen Verhältnisse der einzelnen Landestheile, ohne eine Reform der Eisenbahn- und Actiengesetzgebung nicht wird mit Erfolg zu Ende geführt werden können.

Abg. **Hoppe**: Ich wollte nur eine Generalfrage zur Sprache bringen. Wir sind in die Berathung des Etats jetzt im Februar eingetreten, und wenn wir selbst vor dem ersten April damit fertig werden, so haben wir bereits ein Vierteljahr hinter uns, ohne einen Etat dafür gehabt zu haben. Formell sind wir allerdings gedeckt, aber auf die Dauer kann dieses Verhältniß nicht bestehen bleiben, und ich möchte deshalb die Frage stellen, ob wir eine Verlegung des Finanzjahres zu erwarten haben, oder ob man wieder darauf verzichtet hat. Ich halte eine Trennung des Finanz- und Kalenderjahres nicht für zweckmäßig, sollte sie aber nothwendig sein, so werden wir wohl verlangen müssen, daß jetzt darüber Beschluß gefaßt werde. Im Reichstage herrschte die Ansicht, die beste Zeit für seinen Zusammentritt seien die ersten Monate des Jahres, zu einem festen Beschlusse darüber ist man aber nicht gekommen, da aber der Reichstag, wie mit Sicherheit anzunehmen ist, das nächste Jahr wieder im October einberufen werden wird, so dürften wir dann wieder einem etatlosen Vierteljahr entgegengehen. Ich wünschte deshalb zu erfahren, wie die Regierung darüber denkt. Wir könnten den Etat vielleicht rechtzeitig fertig stellen, wenn wir pünktlich im October zusammenkommen würden, und dann könnte der Reichstag immerhin im Frühjahr einberufen werden. Das Reich könnte, da es auf viel weniger complicirte Einnahmen angewiesen ist, sein Finanzjahr sehr wohl verlegen. Aber irgend wie müssen wir der Verfassung gerecht werden und wenn wir uns hier selbst zu einer Verlegung des Etatsjahres entschließen müßten.

Finanzminister **Camphausen**: Der Vorredner irrt, wenn er annimmt, daß wir in diesem Augenblick ohne gesetzlich festgestellten Etat regierten. Wir haben uns vom Landtag ausdrücklich die Ermächtigung geben lassen, die Ausgaben bis zum 1. April 1875 leisten zu lassen durch ein Specialgesetz. Die Frage für die Zukunft wäre besser im Reichstage als hier aufgeworfen, denn der Particularstaat Preußen ist in dieser Beziehung abhängig von den Entschließungen des Reiches. (Zustimmung.) Da nun der Reichshaushalt nur für 1875 festgestellt ist, so muß der Reichstag vor dem 1. Januar 1876 zusammentreten, um den Etat für 1876 festzustellen und für Preußen wird kaum etwas Anderes übrig bleiben, als daß wir nochmals von der Güte der Landesvertretung uns eine ähnliche Ermächtigung für das 1. Quartal 1876 erbitten, wie wir sie für das 1. Quartal d. J. erbitten mußten. Als Mitglied der Regierung eines Particularstaates würde ich ohne Bedenken aussprechen, daß sofern das Reich das Etatsjahr zu verlegen und von April zu April zu normiren wünscht, nichts entgegenstünde, für den preußischen Etat dieselbe Zeitperiode ein für allemal festzustellen, obschon das mit manchen Schwierigkeiten verknüpft wäre. Aber abrathen würde ich davon, daß für das Reich eine andere Etatsperiode beliebt werde als für Preußen. Es würde dadurch der Ueberblick über alle Verhältnisse unnöthig und ganz unzweckmäßig erschwert. In der That sind wir in den Ausgaben bis auf einen gewissen Grad von den Beschlüssen des Reichstages abhängig und müssen im Voraus die Anforderungen des Reiches an den preußischen Staatshaushalt überblicken können. Die letzte Berathung des Reichshaushalts hat dies eclatant gezeigt. Denn noch im Frühjahr v. J. dachte man daran, die Mehrausgabe für die Heeresverwaltung durch Erhöhung der Matrikularbeiträge zu beschaffen und noch in letzter Stunde wurde ein anderer Weg eingeschlagen. Die Annahme des Reichs-Etatjahres würde uns keine besonderen Schwierigkeiten machen. Denn trotz aller Bemühungen, den preußischen Etat vor Beginn des neuen Jahres zum Gesetz werden zu lassen und ihn dem Hause sofort bei seinem Zusammentreten vorzulegen, ist der erstere Zweck nur ein oder zwei Mal während meiner Verwaltung erreicht worden. Wie schwierig das für meine Collegen ist, hat ihnen erst heute der Herr Cultusminister gesagt.

Im Uebrigen kann ich dem Hause nur danken für die wohlwollende Beurtheilung der Etatsvorlage im Ganzen und Großen. An Ausstellungen im Einzelnen wird es ja niemals fehlen, denn das wäre ja ein merkwürdiger Zustand, wenn alle Wünsche sich auf dasselbe Ziel richteten. Zwar scheinen sich Alle auf ein Ziel vereinigt zu haben, auf eine Steuerreform, aber die Einigkeit verschwindet sofort, wenn jeder sagt, was er darunter versteht. Herr v. Wedell wünscht das System der indirecten Steuern auszubilden, wovon Herr Richter gewiß abrathen würde. Vergegenwärtigen muß man sich aber, daß die von den verschiedensten Parteien gewünschte Uebertragung gewisser Steuern auf die Provinzialverbände durch die Vorlage der Staatsregierung im Grunde genommen seine Erledigung gefunden hat. Wäre es für den Finanz-Minister nicht völlig gleichgültig, wenn man den Provinzen statt einer Rente von mehr als 9½ Millionen Thaler eine Steuerquote überwiese? Jene Rente beträgt schon mehr als die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer, der Staat hätte also eben so gut diese Steuern mit den Provinzen theilen können. Aber wir sind auf diesen Weg nicht gegangen, weil dann eine ganz andere Vertheilung der Leistungen auf die Provinzen hätte erfolgen müssen, als jetzt der Fall ist.

Wir würden gerade einzelne Provinzen, die an Grund- und Gebäudesteuer relativ sehr wenig aufbringen, die aber für die Zwecke, die die Provinzialverbände übernehmen sollen, mindestens ebenso große Leistungen in Anspruch nehmen werden als die anderen Provinzen, die würden wir ganz anders bedacht haben. Auch den Städten gegenüber würden Schwierigkeiten eingetreten sein; denn der Erlaß der Gebäudesteuer hat für das platte Land relativ einen sehr geringen, für die Städte aber den größten Werth.

Die Staatsregierung geht nun zwar auf dem eingeschlagenen Wege der Umgestaltung unserer Steuerverhältnisse weiter fort, aber sie kann unmöglich fort und fort neue Ausgaben vorschlagen und dabei ohne Weiteres auf alte Einnahmen verzichten. Die Reform des Bankwesens wird einen nicht unansehnlichen Ausfall in unseren Einnahmen herbeiführen, und überhaupt sind die Einnahmen für 1875 nicht allzu niedrig und allzu ängstlich veranschlagt worden, wie mir ein Redner vorwarf. Hätte ich die Rolle zu übernehmen, den Etat anzugreifen, so würde ich es vielleicht fertig bringen, einzelne Voranschläge einer Kritik im entgegengesetzten Sinne zu unterwerfen. (Heiterkeit.) Ich kam heute eigentlich mit der Erwartung in das Haus, man würde mir vorwerfen, die Einnahmen der Eisenbahnen seien zu hoch veranschlagt und Herr Richter, der sich mit den Finanzverhältnissen so genau befaßt, würde den hohen Ueberschuß aus den Bergwerken für eine Illusion erklären. Statt dessen ist er ihm um 8 Millionen Mark zu niedrig veranschlagt. (Heiterkeit)

Ich für meinen Theil werde sehr froh sein, wenn nur der veranschlagte Ueberschuß sich thatsächlich herausstellt. Denn im Januar 1874 hatten wir bei unseren Saarbrücker Bergwerken noch beinahe die höchsten Preise, die wir im Jahre 1873 überhaupt kannten, und im ersten Semester überhaupt noch sehr ansehnliche Preise, während der Bestand der heutigen Conjunctur sehr zweifelhaft. Ihre strenge Kritik wird finden, daß wir weder die Einnahmen unterschätzt haben, noch mit den Ausgaben sparsamer waren, als es das Interesse des Landes erfordert. (Beifall.)

Abg. v. **Benda**: Ich will mich nicht auf eine Kritik der Voranschläge dieses Etats einlassen, was ich für ein äußerst bedenkliches Unternehmen halte; auch bezweifle ich, ob dem Finanzminister die Verwendung der anfänglich für die Matrikularbeiträge bestimmten Gelder so leicht geworden ist, wie der Abg. Richter annimmt. Ich verbleibe dabei, daß wir dafür auf dem Etat von 1876 um so höhere Matrikularumlagen haben werden. Mit dem Abg. Richter bin ich darin einverstanden, daß ein Fortschreiten auf dem jetzt betretenen Wege des Staatsbahnbaues unsere ganze Finanzverwaltung gefährden muß. Doch gehe ich nicht so weit, wie er, daß nun mit dem Bau von Staatsbahnen ganz innegehalten werden müßte. Der Pommerschen Centralbahn und der Nordbahn gegenüber verhalte ich mich gleichfalls nicht so unbedingt abweisend, wie Herr Richter; ich glaube, wir werden abzuwarten haben, was für Vorlagen in dieser Beziehung an uns herantreten werden. Vor Allem wird es darauf ankommen, das Vertrauen der Privatindustrie zum Eisenbahnbau wieder zu wecken, was ohne eine Regelung der Tariffrage nicht möglich sein wird. — Vor 6 bis 8 Monaten hätte ich nichts darin gefunden, die Frage über das Fortbestehen oder den Wegfall des landwirthschaftlichen Ministeriums zu discutiren, heute nach seiner endlichen Besetzung halte ich es nicht für angebracht. Lassen wir den Minister vorläufig seine Reste aufarbeiten, mit denen er ja einige Jahre zu thun haben wird, und warten wir ab, was dann zu thun sein wird. Dagegen stimme ich dem Abg. Richter darin bei, daß es gut gewesen wäre, wenn man mit dem Landes-Oekonomie-Collegium aufgeräumt hätte, denn ein technischer Beirath, der aus 69 Personen besteht, ist ein Widerspruch in sich selbst. Nur ungern und zögernd wende ich mich zu der Frage über die Entschädigung der Geistlichen. Es ist zunächst irrig, wenn der Abg. Richter behauptet, daß die Synoden sich ganz ausnahmslos dahin ausgesprochen hätten, der Staat allein hätte für den den Geistlichen erwachsenen Ausfall aufzukommen. In der Synode, welcher ich angehörte, hat man dafür ein Zusammenwirken von Staat und Gemeinden mit Einstimmigkeit verlangt. Auch anmaßende Aeußerungen, von denen Herr Richter gesprochen, habe ich nicht vernommen. Daß die Anfänge einer Reconstruction der evangelischen Kirche nicht allerseits befriedigen werden, war zu erwarten, lassen wir aber dem Werke seinen Lauf, dasselbe wird durch Zurückhaltung — auch in Verdächtigungen — am besten gefördert.

Handelsminister Dr. **Achenbach**: Unter Vorbehalt weiterer Ausführungen bei späteren Gelegenheiten beschränke ich mich auf die Beantwortung der Frage, ob der Staat den Eisenbahnbau aufzugeben oder fortzusetzen habe. Die heutige Discussion trägt in dieser Beziehung den einseitigen Charakter einer Budgetdebatte. Die Eisenbahnen haben aber nicht nur einen finanziellen Charakter. Was wäre Preußen, was wären die heutigen Culturstaaten, wenn diese Verkehrsadern nicht mit gewaltigen Opfern ins Leben gerufen worden wären? Sind diese Ausgaben wirklich der Grundmesser des Nutzens der Eisenbahnen? Wo wären die Steuerkräfte Preußens, wenn jene Verkehrsadern nicht in der Vergangenheit geschaffen wären. Nichts liegt mir ferner, als beim Eisenbahnbau die finanzielle Seite der Sache außer Acht lassen, indeß will es auf mich den Eindruck machen, als ob die allgemeine Calamität auf die Beurtheilung der hier vorliegenden Verhältnisse mit einwirkt. So wenig wie in Zeiten allgemeinen Aufstrebens die Regierung sich zu übereilten Schritten drängen lassen darf, so wird es noch weniger zu billigen sein, daß in den Zeiten des Rückganges und des Darniederliegens man sich lediglich beherrschen lasse von diesem Gefühl und nunmehr die Waffen ins Korn wirft, um dasjenige aufzugeben, was man vordem für gut und zweckmäßig hielt. Nein! Gerade in diesen Tagen bedarf es des Muthes, der energischen Thätigkeit und des Weiterstrebens! Wenn ich mich auf diesen Standpunkt stelle, so glaube ich, darf die Frage, ob wir mit den Staatseisenbahnbau fortzufahren haben, in der That nicht von jenem einseitigen Gesichtspunkte eines der Herren Vorredner entschieden werden. Wollte ich auf die Stimmen im Lande verweisen, so müßte ich fast zu dem umgekehrten Resultate, wie dieser Vorreder, gelangen. Leider leben wir heut in einer Zeit, wo die Lage der Privatunternehmungen auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens eine sehr gedrückte ist.

Die Stimmen mehren sich, die geradezu verlangen, der Staat möge die Privateisenbahnen insgesammt übernehmen, um so ein einheitliches Verkehrswesen in seinen Händen zu concentriren. Ich werde diesen Stimmen im Allgemeinen nicht zu folgen bereit sein; indeß leugnen läßt sich nicht, daß heute der Ruf an den Staat herantritt, überall zu helfen. Wenn wir diesem, vielleicht unberechtigt ausgedehnten Rufe nicht folgen können, so ist es doch schon von dem Herrn Finanzminister als eine gute Fügung für den preußischen Staat betont worden, daß er in der Lage ist, gerade in den Zeiten, wo Verkehr und Industrie nicht die bisherige Blüthe besitzen, seinerseits mit positiven Schöpfungen vorzugehen. Durch Ihre Bewilligungen sind wir in der Lage, großartige Bauten für längere Zeit ausführen zu können; die Regierung steht daher im Allgemeinen auf dem Standpunkte, daß sie mit wesentlichen Anforderungen zu neuen Bahnen an die Landesregierung nicht heranzukommen gedenkt, andererseits treten jedoch auf diesem Gebiete so mannigfache Complicationen ein, daß es nicht zu vermeiden ist, daß in einzelnen Fällen Anträge zur Ausführung neuer Unternehmen an die Landesvertretung herantreten.

Ich gehöre ferner nicht zu denen, welche eine Vermehrung des Beamtenpersonals anstreben; ich wünsche dringend, daß eine beträchtliche Verminderung des Beamtenpersonals sich ermöglichen ließe. Wenn trotzdem im Eisenbahnetat eine Vermehrung der etatsmäßigen Beamten um etwa 4000 vorgeschlagen ist, so werden Sie bei näherer Betrachtung erkennen, daß das Gros dieser Stellen auf Bahnwärter, Weichensteller, Lokomotivführer und ähnliche Beamtenklassen fällt. Diese Vermehrungen sind wesentlich auf die Beschlüsse dieses Hauses zurückzuführen und ich habe es mir zur Pflicht gemacht, denselben Folge zu geben. Wenn in Gerichtsverhandlungen über einen stattgehabten Eisenbahnunfall freigesprochen wird, so wird als Ursache des freisprechenden Urtheils gesagt, der Weichensteller N. N. habe eine zu lange tägliche Dienstzeit gehabt.

Das Abgeordnetenhaus hatte dies in verschiedenen Fällen in der Commission sowohl wie im Plenum gerügt. In Folge davon sind die Eisenbahnen zu einer beträchtlichen Vermehrung ihres Beamtenpersonals geschritten. Die polizeilichen Vorschriften auf Grund von Beschwerden des Publikums haben sehr häufig zu demselben Resultate gezwungen. Es sind das Nothwendigkeiten, die sich nicht vermeiden lassen. Was die Tariffragebetrifft, so habe ich bereits am 11. Juli 1874, als es sich um Ausführung der Bundesrathsbeschlüsse handelte, die Eisenbahnen ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sie von der Tariferhöhung nur soweit Gebrauch machen sollten, als sie dieselbe unter Beobachtung der Interessen des Handels und der Industrie für nothwendig erachteten. Diesen Standpunkt nehme ich auch heute noch ein und gedenke ihn festzuhalten. Ich bin allerdings der Ueberzeugung, daß die Eisenbahnen, wie augenblicklich sich die Verhältnisse gestaltet haben, einer Tariferhöhung nicht entbehren können. Ich glaube ferner, daß eine künstliche Einwirkung auf die Gestaltung des Tarifwesens nicht zum Ziele führte (sehr richtig!) sondern daß wesentlich die Entwickelung von unten herauf angemessene Resultate hervorbringen muß. Sobald wir allein den Weg des Decretes betreten, werden wir erleben, daß das, was heute verwirrt ist, noch verwirrter sich gestaltet. Ich hoffe, daß die Enquete, welche der Reichstag beschlossen, zu dem Resultate führen wird, daß man sich überzeugt, wie durch künstliche Mittel auf dem vorliegenden Gebiete nicht zu helfen sei. Unter solchen Umständen hoffe ich, daß das hohe Haus auch fernerhin dem Handel und der Industrie seinen Schutz und seine Hülfe angedeihen lassen und nicht vergessen wird, daß es sich auf dem Gebiete des Handels und des Verkehrs nicht lediglich um financielle Staats-Interessen handelt, daß aber auch die financiellen Interessen am meisten durch die Hebung der Prästationsfähigkeit des Landes geschützt werden, wenn also Regierung und Volksvertretung insbesondere auch ein wachsames Auge auf die Entwickelung und Gestaltung der Verkehrsadern des Landes richten. In diesem Sinne, hoffe ich, wird das Haus auch in Zukunft seine Stellung nehmen.

Die Debatte wird hierauf geschlossen. Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen, in welchem u. A. Abg. **Richter** (Hagen) sich gegen verschiedene mißverständliche Auffassungen seiner Rede verwahrt, und **Miquel** zu einer Replik bezüglich seiner synodalen Thätigkeit veranlaßt.

Der Antrag **Lasker** über die formelle Behandlung des Etats wird mit großer Mehrheit angenommen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nachdem noch Abg. v. **Czarlinski** sich beschwert, daß die polnische Fraktion zu den Besprechungen des „Seniorenconvents" über die Commissionswahlen nicht eingeladen worden, schließt die Sitzung um 3½ Uhr.

Nächste Sitzung: **Freitag** 11 Uhr. (Dritte Lesungen, erste Berathung des Gesetzes über die Bebauung von Straßen und Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften, Gesetz über den standesherrlichen Rechtszustand des Herzogs von Aremberg.)

Kiel, 4. Febr. [**Verkehrsstörung.**] Die schwedische Post vom 1. d. M. ist heute eingegangen, die Post vom 2. fehlt dagegen noch. Wie aus Kopenhagen telegraphirt wird, ist die Beförderung des schwedischen Nachtzuges der Witterungsverhältnisse wegen bis auf Weiteres eingestellt. Durch diese Unterbrechung wird eine Verspätung der Posten aus Stockholm um je einen Tag herbeigeführt.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 4. Februar. Nach aus carlistischer Quelle kommenden telegraphischen Meldungen hat zwischen den Carlisten und den königlichen Truppen gestern Morgen ein Gefecht bei San Cristobal stattgefunden, in welchem die Carlisten sich den Sieg zuschreiben. Sie behaupten, die königlichen Truppen aus ihren Stellungen geworfen, zwei Kanonen erbeutet und auch Gefangene gemacht zu haben. Ebenso wollen sie an demselben Tage bei einem Gefechte in Guypuzcoa Sieger gewesen sein. — Die frühere Königin Isabella hat dagegen eine Depesche aus Orteiza vom gestrigen Tage erhalten, wonach die königlichen Truppen einen Angriff der Carlisten auf San Cristobal siegreich abgeschlagen haben. König Alfons hatte dem Gefechte beigewohnt.

Versailles, 4. Februar. Die Nationalversammlung berieth die Vorlage, betreffend die Freigebung der Fabrikation von Pulver und Dynamit an Privatpersonen. Der Finanzminister sprach dagegen. Die Weiterberathung erfolgt morgen.

Madrid, 4. Februar. Loma besetzte Zumaya und gewann die Straße nach Cestona. Die Carlisten sind auf dem Rückzuge gegen Cestona. Von Oteiza wird heute früh gemeldet, daß die Truppen eine große Anzahl carlistischer Verschanzungen ohne großen Widerstand nahmen. Die Carlisten werden meist durch die strategischen Bewegungen der Truppen genöthigt, ihre Stellungen aufzugeben.

Rom, 4. Februar. Der Papst hat heute in Begleitung mehrerer Cardinäle und Prälaten die neuen Arbeiten in der Basilica der St. Peterskirche, die er seit dem 20. September 1870 nicht besichtigt hatte, in Augenschein genommen. Die Kirchenthüren waren, so lange der Papst in der Basilica verweilte, gesperrt.

Brüssel, 4. Febr. Die Feier der Vermählung des Prinzen von Sachsen-Koburg-Cohary mit der Prinzessin Louise hat heute Vormittag stattgefunden. Bei dem Civilact vor dem Bürgermeister von Brüssel, Anspach, fungirten der Senatspräsident Fürst von Ligne, der Präsident der Deputirtenkammer Thibaut, der Ministerpräsident Malou und der

Justizminister de Lantsheere als Zeugen. Die kirchliche Trauung wurde in der Capelle des königl. Palais durch den Erzbischof Dechamps von Mecheln vollzogen.

Brüssel, 4. Febr. Die Nationalbank hat den Discont von 4 auf 3 pCt. herabgesetzt.

Berliner Börse vom 4. Februar 1875.

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3½	174,40 bz
do. do.	2 M.	3½	173,40 bz
Augsburg 100 Fl.	2 M.	4	170,10 G
Frankf.a.M.100 Fl.	2 M.	4	— —
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	4½	— —
London 1 Lst.	3 M.	3	20,33,5 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	4	81,60 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	5½	279,60 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	5½	282,50 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	182,80 bz
do. do.	2 M.	4½	181,65 bz

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	— —
Staats-Anl. 4½%ige	4½	— —
do. consolid.	4½	105,75 bz
do. 4%ige.	4	99,40 bz
Staats-Schuldscheine.	3½	91,25 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	135,10 bzG
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102,50 bz
Pfandbr. Berliner	4½	101,20 bzB
Pfandbr. Pommersche	3½	87,75 G
Pfandbr. Posensche	4	95 bz
Pfandbr. Schlesische	3½	85,75 G
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	98 B
Rentenbriefe. Pommersche	4	97,25 bz
Rentenbriefe. Posensche	4	96,50 bz
Rentenbriefe. Preussische	4	97,25 G
Rentenbriefe. Westfäl. u. Rhein.	4	97,90 bz
Rentenbriefe. Sächsische	4	98 bz
Rentenbriefe. Schlesische	4	96,60 bz
Badische Präm.-Anl.	4	119 B
Baierische 4% Anleihe	4	121,25 bzG
Cöln-Mind.Prämiensch.	3½	108 bzG

Kurh. 40 Thlr.-Loose 229,50 B
Badische 35 Fl.-Loose 124.60 bzG
Braunschw. Präm.-Anleihe 73.40 bz
Oldenburger Loose 128 bzB

Louisd. — — d. —	Fremd.Bkn. 99,80 bz
Ducaten 9,58 B	Oest. Bkn. 183,20 bz
Sover. 20,45 G	do.Silbrgld. 192,50 G
Napoleons 16,31 G	do. ¼-Guld. 191,50 G
Imperials 16,75 G	Russ.Bkn. 283,10 bz
Dollars 4,19 G	

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial Obl.	5	102,75 bzG
Unkb. Pfb. d. Pr. Hyp.-B	4½	100,50 bz
Deutsche Hyp.-Bk.-Pfb	4½	95,75 G
Kündbr. Cent.-Bod. Cr.	4½	102,20 bz
Unkünd. do. (1872)	5	102,70 bz
do. rückbz. à 110	5	107 B
do. do. do.	4½	99,40 bz
Unk. H. d.Pr.Bd.Crd.-B.	5	102,50 bz
do. III. Em. do.	5	101 bz
Kündb.Hyp.-Schuld.do.	5	99,90 bzB
Hyp.Anth. Nord-G.-C.B.	5	101,50 bz
Pomm. Hypoth.-Briefe	5	104,75 bz
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	107 B
do. do. II. Em.	5	105 bz
do. 5%Pf. rkzlbr.m110	5	103,20 bz
do. 4½ do. do. m. 110	4½	95 bz
Meininger Präm.-Pfd.	4	101,50 bzB
Oest. Silberpfandbr.	5½	67,75 G
do. Hyp.Crd.Pfndbr.	5	68 B
Pfdb.d.Oest Bd.-Cr.-Ge.	5	88 G
Schles.Bodencr.Pfndbr.	5	100,25 G
do. do.	4½	94,75 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,50 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4 1/5	69,50-40 bzG
do. Papierrente	4 1/5	64.50 bzG
do. 54er Präm.-Anl.	4	109,25 B
do. Lott.-Anl. v. 60	5	111,60 bzG
do. Credit-Loose	—	343,50 B
do. 64er Loose	—	297,80 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	167.75 B
do. do. 1866	5	167,75 B
do. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	91,40 bzB
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	88,25 bz
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	82,75 G
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	69,90 bz
Amerik. 6%Anl. p.1882	6	97,80 etbzG
do. do. p.1885	6	102,40 bz
do. 5% Anleihe	5	98,90 bz
Französische Rente	5	101,50 G
Ital. neue 5% Anleihe	5	68,25 bz
Ital. Tabak-Oblig.	6	99,25 bzG
Raab-Grazer 100 Thlr.L.	4	83 bz
Rumänische Anleihe	8	105,30 G
Türkische Anleihe	5	42 bz
Ung.5%St.-Eisenb.-Anl.	5	73,25 bzG

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 38,10 bz
Türken-Loose 96,75 bzB

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg-Märk. Serie II.	4½	99,50 G
do. III.v.St.3½g.	3½	83,75 bzG
do. do. VI.	4½	98,50 bzG
do. Hess. Nordbahn	5	103,50 bz
Berlin-Görlitz	5	104 G
do.	4½	97,90 bz
Breslau-Freib. Litt. D.	4½	— —
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	— —
Cöln-Minden III.	4	93 G
do. do.	4½	100 G
do. IV.	4	93,50 B
do. V.	4	93,25 bz
Halle-Sorau-Guben	5	98 B
Hannover-Altenbeken	4½	— —
Märkisch-Posener	5	102 G
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	97,50 G
do. do. II. Ser.	4	95,75 G
do. do. Obl.I.u.II.	4	98 B
do. do. III. Ser.	4	97,50 G
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	93 B
do. D.	4	93 B
do. E.	3½	84,80 B
do. F.	4½	101 bzB
do. G.	4½	99,50 bzB
do. H.	4½	100,80 bzB
do.	5	103,25 G
do. von 1873.	4	— —
do. von 1874.	4½	98,40 bz
do. Brieg-Neisse	4½	98,30 bzG
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	103,75 B
do. Stargard-Posen.	4	— —
do. do. II. Em.	4½	99 G
do. do. III. Em.	4½	99 G
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	5	— —
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	103,25 bzG
Schlesw. Eisenbahn	4½	99 G
Chemnitz-Komotau	5	62,50 B
Dux-Bodenbach	5	82 B
do. II. Emission.	5	70 B
Prag-Dux	fr.	35,50 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	93,70 bz
do. do. neue	5	91,90 etbzB
Kaschau-Oderberg	5	75,80 bz
Ung. Nordostbahn	5	65,50 bzB
Ung. Ostbahn	5	60,75 bz
Lemberg-Czernowitz	5	71 bz
do. do. II.	5	78,60 G
do. do. III.	5	71,50 bzB
Mährische Grenzbahn.	5	69,40 G
Mähr-Schl. Centralbahn	fr.	29 G
do. neue	fr.	39,50 G
Kronpr. Rudolph-Bahn	5	84,90 bz
Oesterr.-Französische	3	329,50 bzG
do. do. neue	3	318 bz
do. südl. Staatsbahn	3	247,60 bzB
do. neue	3	248,50 bzB
do. Obligationen	5	87,30 bzB
Warschau-Wien II.	5	100 B
do. III.	5	98,60 bz
do. IV.	5	97,75 bz

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinzfuss 5 pCt.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1873	1874	Zf.	
Aachen-Mastricht.	1¼	—	4	30,50 bz
Berg.-Märkische	3	—	4	80,50-78,50 b
Berlin-Anhalt	16	—	4	118,75 bz
do. Dresden	5	5	5	53,50 bz
Berlin-Görlitz	3	—	4	69,25 bz
Berlin-Hamburg.	10	—	4	184,75 bz
Berl. Nordbahn	5	0	4	7,50 bzG
Berl.-Postd.-Magd.	4	—	4	84,50 bzB
Berlin-Stettin	10¾	—	4	136,75 bz
Böhm. Westbahn.	5	5	5	84,25 bzG
Breslau-Freib.	8	—	4	93 bzG
do. neue	5	5	5	— —
Cöln-Minden	8 1/12	—	4	110,50-9,75 bz
do. neue	5	5	5	105,30 bz
Cuxhav. Eisenb.	6	0	6	— —
Dux-Bodenbach B	0	0	4	36,80 bz
Gal.Carl-Ludw.-B.	8,67	—	4	107,20-107 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	30 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	4	22,50 bz
Kaschau-Oderbrg.	5	5	5	58 bz
Kronpr.Rudolphb.	5	5	5	66,10 bz
Ludwigsh.-Bexb.	9	—	4	176 bz
Märk.-Posener	0	0	4	28,75 bz
Magdeb.-Halberst.	6	—	4	91 bzB
Magdeb.-Leipzig	14	—	4	233 B
do. Lit. B.	4	4	4	93,25 B
Mainz-Ludwigsh.	9	—	4	119 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	98,50 B
Oberschl. A. C. D.	13⅔	—	3½	143,75 bzG
do. B.	13⅔	—	3½	133,80 bzG
do. neue	—	—	5	— —
Oester.-Fr.-St.-B.	10	—	4	532-31 bz
Oest. Nordwestb.	5	—	5	270-72 bz
Oester.südl.St.-B.	3	—	4	233-33 bz
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	42,90 bzG
Rechte O.-U.-Bahn	6⅓	—	4	111,40 bz
Reichenberg-Pard	4½	4½	4½	67,50 bzG
Rheinische	9	—	4	117,25-16,60 b
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	21,40 bzG
Rumän.Eisenbahn	5	—	4	35,50-36 bzG
SchweizWestbahn	1 3/5	—	4	19 bz
Stargard-Posener.	4½	4½	4½	101 B
Thüringer.	7¼	—	4	112 G
Warschau-Wien	11	—	4	258,60 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer.	5	5	5	99,50 bz
Berlin. Nordbahn	5	0	5	16,90 bz
Breslau Warschau	0	0	5	— —
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	48 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	43 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	5	—	5	53,60 bz
Märkisch-Posener	0	0	5	60,25 G
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	71,25 bz
do. Lit. C.	5	5	5	99,80 bzG
Ostpr. Südbahn	0	0	5	79,50 B
Pomm. Centralb.	0	0	fr.	8,90 bz
Rechte O.-U.-Bahn	6½	—	5	112,25 bzG
Rum. (40% Einz.)	8	8	8	84 bzG
Saal-Bahn	5	—	5	44,50 bzG

Bank-Papiere.

AngloDeutsche Bk.	0	—	4	44,25 G
Allg.Deut.Hand.-G	0	5	4	13 bz
Berl. Bankverein.	5½	—	4	73 G
Berl. Kassen-Ver.	29	10 1/5	4	235 bzB
Berl. Handels-Ges.	6½	—	4	116 bz
Berl. Prod.-Makl.B	12¾	0	4	61 B
do.Prod.-u.Hdls.B.	3⅔	10½	4	88,10 bzG
Braunschw. Bank	9	—	4	102 B
Bresl. Disc.-Bank	2½	—	4	82 G
do. Hand.u.-Entrp.	5	—	4	— —
Bresl. Maklerbank	0	—	4	76,60 B
Bresl. Mkl.-Ver.-B.	5	—	4	87 G
Bresl. Wechslerb.	0	—	4	75 B
Centralb. f. Ind. u. Hand.	4	—	4	74,90 bzG
Coburg. Cred.-Bk.	4	—	4	73 B
Danziger Priv.-Bk.	7¾	—	4	115 bzB
Darmst. Creditbk.	10	—	4	140,60 bz
Darmst. Zettelbk.	7 3/10	—	4	102,50 G
Deutsche Bank	4	—	4	83,75 bzG
do. Hyp.-B. Berlin	5	—	4	88,75 bzG
Deutsche Unionsb.	1	—	4	74 bzG
Disc.-Com.-A.	14	—	4	158,50 bzG
Genossensch.-Bk.	3	—	4	100 B
do. junge	3	—	4	101,50 bz
Gwb.Schuster u.C.	0	—	4	64 G
Goth.Grundcred.B	8	9	4	107,60 bz
Hamb. Vereins-B.	10 5/9	11 1/9	4	124 bz
Hannov. Bank	7 3/5	—	4	103,90 G
do. Disc.-Bk.	0	—	4	78 bz
Hessische Bank	0	—	4	62 bzG
Königsb. do.	0	5¾	4	83 G
Lndw.B. Kwilecki	0	—	4	55 G
Leip. Cred.-Anst.	9¾	—	4	146 G
Luxemburg. Bank	8½	—	4	109,90 bzG
Magdeburger do.	6 3/10	—	4	110,50 B
Meininger do.	5	—	4	89 bzB
Moldauer Lds.-Bk.	5	—	4	49 G
Nordd. Bank	10 4/5	10	4	142 75 bz
Nordd. Grundcr.B.	7¼	—	4	100,50 bz
Oberlausitzer Bk.	0	—	4	61 G
Oest. Cred.-Actien	5⅝	—	4	397,50-7,95 bz
Ostdeutsche Bank	4	6	4	77,60 bzB
Ostd. Product.-Bk.	0	—	4	15 G
PosnerProv.-Bank	7⅔	—	4	107 bzB
Preuss. Bank-Act.	20	—	4½	158 bz
Pr.-Bod.-Cr.-Act.B.	0	—	4	105,25 G
Pr- Cent.-Bod.-Cr.	9½	—	4	118 bzG
Sächs. B 60 % I. S.	12	—	4	117 bzB
Sächs. Cred.-Bank	0	—	4	76,25 etbzG
Schl. Bank.-Ver.	6	—	4	105 B
Schl. Centralbank	8	—	4	59,50 bz
Schl. Vereinsbank	7	—	4	91,25 G
Thüringer Bank	8	—	4	88 bz
Weimar. Bank	5	—	4	82,80 bz
Wiener Unionsb.	0	—	4	180 G

(In Liquidation.)

Berliner Bank	0	—	fr.	73 G
Berl. Lomb.-Bank	0	—	fr.	20 B
Berl. Makler-Bank	0	—	fr.	— —
Berl. Wechslerbk.	0	—	fr.	54,25 bz
Br. Pr.-Wechsl.-B.	0	0	fr.	69 B
Centralb. f. Genos.	0	—	fr.	87,80 bz
Nrdschl. Cassenv.	0	—	fr.	1,75 bzG
Pos.Pr.-Wechsl.-B	0	—	fr.	1 G
Pr. Credit-Anstalt	0	—	fr.	57 B
Prov.-Wechsl.-Bk.	0	—	fr.	91 bzG
Ver.-Bk. Quistorp	0	—	fr.	26 bzG

Industrie-Papiere.

Baugess. Plessner	0	0	fr.	1,10 bz
Berl-Eisenb.-Bd.A.	6¾	—	4	123,50 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	27,30 bz
do.Reichs- u.Co.-E.	8	—	4	83,60 G
Märk.Sch.Masch.G.	0	—	4	29,25 G
Nordd. Papierfabr.	0	—	4	43 G
Westend, Com.-G.	0	—	fr.	18,75 G
Pr. Hyp. Vers-Act.	17 3/5	18 3/5	4	128,50 bzG
Schl. Feuervers.	18	—	4	570 G
Donnersmarkhütte	6	—	4	41,50 bzB
Dortm. Union.	0	—	4	29,20 bzG
Königs- u. Laurah.	20	—	4	119,25 bz
Lauchhammer	2	—	4	41 G
Marienhütte	6	—	4	68,50 bzG
Minerva	0	—	fr.	— —
Moritzhütte	5	—	4	40 G
OSchl. Eisenwerk.	0	—	4	24 bzG
Redenhütte	2	—	4	25 B
Schl. Kohlenwerk.	1	—	4	46,50 bzG
Shles. Zinkh.-Act.	8	—	4	95 bz
do. St.-Pr.-Act.	8	—	4½	96,75 bz
Tarnowitz. Bergb.	16	—	4	69 G
Vorwärtshütte	7	—	4	37 B
Baltischer Lloyd	0	—	4	25 etbzB
Bresl. Bierbrauer.	0	—	4	25 B
Bresl. E.-Wagenb.	3½	—	4	49,90 G
do. ver. Oelfabr.	8	—	4	57 bzG
Erdm- Spinnerei	7	—	4	50,90 G
Görlitz, Eisenb.-B.	0	—	4	43,90 G
Hoffm's Wag.-Fab.	5½	—	4	32,70 G
O.Schl. Eisenb.-B.	5	—	4	50,20 bzG
Schles. Leinenind.	9	7½	4	89,50 G
S Act.-Br.(Scholtz)	0	—	fr.	25,50 G
do. Porzellan	7	—	4	29,75 B
Schl. Tuchfabrik-	0	—	4	3 bz
do. Wagenb.-Anst.	0	—	4	5,50 G
Schl.Wollw.-Fabr.	0	—	4	20 G
Wilhelmshütte MA	10	—	4	95 B

Constantinopel, 4. Februar. In der der britischen evangelischen Deputation im Momente ihrer Abreise durch den britischen Botschafter zugestellten Mittheilung wird von der Regierung die Zusicherung gegeben, daß sie den christlichen Unterthanen auch künftig ihren Schutz angedeihen lassen werde.

Washington, 3. Febr. Der Entwurf eines Reziprozitätsvertrages mit Canada ist vom Senate einstimmig abgelehnt worden.

Singapore, 3. Febr. Das Sultanat von Perak (Westküste der Halbinsel Malakka) hat die englische Oberhoheit anerkannt. In der Stadt Perak wurde die englische und die malayische Flagge aufgehißt. Der Sultan hat gleichzeitig eine Proclamation erlassen, in welcher er Sicherheit des Lebens und des Eigenthums verspricht, zur Ausbeutung der Berg- und Erzschätze des Landes auffordert und Verwilligung von Landstrecken zum Anbau zusichert.

* [Aus Hermsdorf] erhalten wir unterm 4. Februar folgende Mittheilung: „Seit gestern Abend Schneetreiben, so daß die Schlittenbahn bis Josephinenhütte wieder fahrbar. Rutschparthie von der Petersbaude gut, wurde gestern benutzt. Thermometer auf 0. Schneefall auch jetzt früh 8 Uhr noch anhaltend.

Berlin, 4. Februar. Der Verlauf des heutigen Geschäftes verrieth leider allzusehr, daß die Börse wohl noch für längere Zeit der Kaft wird entbehren müssen, die nothwendig wäre, um einer Besserung der Gesammtlage Eingang zu verschaffen und ihr Dauer zu verleihen. Die Spannkraft der Hausse zeigte sich heute fast schon an ihrer Grenze, und es konnte der Erfolg nur ein höchst zweifelhafter sein, wenn man von gewisser Seite die Bewegung der letzten Tage forciren wollte. Gestützt auf die zunehmende Flüssigkeit des Geldstandes hielt man in einflußreichen Kreisen den Augenblick für gekommen, die günstigere Disposition der Börse zu benutzen, und es machten sich diese Bestrebungen ebenso in Paris und Wien geltend. Möglich, daß man hier auch damit reüssirt hätte, doch traten heute schon wieder ungünstigere Momente in den Vordergrund und Thatsache ist, daß unsere Börse heute nur mit Widerstreben den von Paris und Wien gegebenen Impulsen folgte. Die erzielten Fortschritte in den Coursen sind denn auch nur gering geblieben, da jede Avance sofort zu Realisationen benutzt wurde. Unser Coursniveau blieb weit hinter den Pariser Notirungen zurück. Zu den verstimmenden Momenten sind vor allem die Gerüchte zu rechnen, welche in verstärktem Grade heute betreffs der Bergisch-Märkischen Eisenbahn umliefen. Wollte man dieser Bahn gestern noch eine Dividende von 1½ pCt. nachrechnen, so war dagegen heute eine vollständige Ertrágnißlosigkeit constatirt; von einem weiteren großen Geldbedarfe der Gesellschaft (90 Mill. Mark) u. s. w. war natürlich auch die Rede. Was an all' dem Wahres und was Uebertreibung, ist augenblicklich schwer zu sagen; jedenfalls drückte reichliches Angebot abermals auf den Cours, der denn auch gegen die gestrige Anfangsnotiz um mehr als 6 pCt. nachgab. Die internationalen Speculations-Papiere unterlagen einigen, aber nicht gerade umfangreichen, Schwankungen. Lombarden waren vorzugsweise fest. Die localen Speculations-Effecten verhielten sich sehr ruhig. Disconto-Commandit 158½, ultimo 159—57½—58¼, Dortmunder Union 29,20, ultimo 29¾—¼, Laurahütte 119,25, ultimo 120—18¾—19¾. Die österr. Nebenbahnen waren wenig belebt und veränderten deswegen ihre Course nur in geringem Grade. Galizier waren fest, aber still; österr. Nordwestbahn zeigte dagegen einige Regsamkeit Recht fest war die Stimmung für ausländ. Staatsanleihen. Oesterr. Renten zogen im Course an, 60er Loose konnten sich nicht so gut behaupten; Türken, Italiener und italienische Tabaksactien und Obligationen waren Träger einer unzweifelhaften Festigkeit. Amerikaner und russische Werthe ruhig. Preußische Fonds fest und lebhaft, in letzter Hinsicht zeichneten sich besonders 4½% Pfandbriefe aus, andere deutsche Staatspapiere weniger belebt. Im Prioritäten-Geschäft blieb der Verkehr mäßig. Preußische Devisen beliebter. Mehltheuer-Weida zu höherem Course gefragt, Kaiser-Ferdinand-Nordbahn desgleichen, auch Galizier 5% rege, dagegen Kaschau-Oderberger offerirt. Ungarische Ostbahn-(Staats-)Obligationen 65,40 bez. u. Gd., Berlin-Potsdam F. 99,25, Breslau-Freiburg J. 98,25, Köln-Mindener VI. 99, Oesterr. Staatsbahn II. 97,50. Dem Rückgange der Bergischen schlossen sich natürlich auch andere schwere Bahnen an, in leichten Actien war das Geschäft klein, nur Rumänen belebt und fest. Bankactien fest und ziemlich rege, Centralbank für Industrie, Berliner Bankverein und Preuß. Boden steigend und lebhaft, letztere ohne Abgeber; Thüringer belebt und höher, Meininger behauptet, Frankfurter Wechslerbank für Liquidations-Bestrebungen gesucht, Rheinlandbank, Hamburger Hypotheken und Englische Wechsler-Bank beliebt, Berliner Kassenverein 15 Procent niedriger auch nach Schluß ausgeboten. Industriepapiere still, Flora niedriger, Westend besser, Magdeburger Sprit sehr fest, Breslauer Oelfabr. beliebt. Montanwerthe eher matt. Wechsel fest, zum Theil höher, aber sehr still. — Um 2½ Uhr: Credit 395, Lomb. 242, Franzosen 530, Disc.-Comm. 157¾, Dortm. Union 29, Laurahütte 118, 50. (Bank- u. H.-Z.)

Königsberg i. Pr., 4. Febr. [Die Einnahmen der Ostpreußischen Südbahn] im Januar 1875 betrugen 488,540 Mk. mehr als im Vorjahre.

Wien, 4. Februar. [Wochenausweis der gesammten lombardischen Eisenbahn] vom 22. bis zum 28. Januar 1,155,558 Fl., gegen 1,081,769 Fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin Wochen-Mehr-Einnahme 73,789 Fl. Bisherige Mehreinnahme seit dem 1. Januar d. J. 243,425 Fl.

Wien, 4. Februar. [Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahn] betrugen in der Woche vom 16. bis zum 23. Januar 174,912 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mehreinnahme von 6228 Fl.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 4. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204, 70. Pariser do. 81, 50. Wiener do. 182, 70. Böhmische Westb. 170¾. Elisabethbahn 168¾. Galizier 214. Franzosen*) 265. Lombarden*) 121. Nordwestbahn 135½. Silberrente 69⅜. Papierrente 64½. Russ. Bodencredit 91⅝. Russen 1872 100⅞. Amerikaner 1882 98⅜. 1860er Loose 111¾. 1864er Loose 297, 60. Creditactien*) 197½. Bankactien 872. Darmst. Bank 140, 50. Brüsseler Bank 102⅛. Berliner Bankverein 78⅛. Frankfurter Bankverein 79½. do. Wechslerbank 85. Oesterr.-deutsche Bank 84. Meininger Bank 89¼. Hahn'sche Effectenb. 111⅝. Prov.-Disc.-Gesellschaft —. Continental 83⅝. Hess. Ludwigsbahn 119¼. Oberhessen 71⅛. Raab-Grazer 83⅛. Ungar. Staatsloose 175, 80. do. Schatzanweisungen alte 93. do. Schatzanw. neue 91⅜. Oregon Eisenb. 26½. Rockford do. —.

*) per medio resp. per ultimo.

Speculationspapiere anfangs fest, zum Schluß schwächer. Lombarden und Anlagewerthe fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 197¾, Franzosen 265¾, Lombarden 121¾.

Hamburg, 4. Februar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 111¼. Silberrente 69½. Oesterreich. Credit-Actien 198. do. 1860er Loose 112¼. Nordwestbahn —. Franzosen —. Lombarden 303½. Italienische Rente 68¼. Vereinsbank 123¾. Laurahütte 118¾. Commerzbank —. do. II. Emission —. Norddeutsche Bank 143¾. Provinzial-Disconto-Bank —. Anglo-deutsche Bank 44. do. neue 66½. Dänische Landmannbank —. Dortmunder Union —. Wiener Union-Bank —. 64er Russ. Präm.-Anleihe 160. 66er Russ. Prämien-Anleihe 160. Amerikaner de 1882 93⅛. Köln-Mindner Stamm-Actien 110. Rheinische Eisenbahn-Stamm-Actien 116½. Bergisch-Märk. St.-A. 78. Disconto 3¼ pCt. — Speculationswerthe fest.

Hamburg, 4. Februar. [Getreidemarkt.] Weizen loco still, auf Termine behauptet. Roggen loco still, auf Termine behauptet. Weizen 126pfd. per Februar 1000 Kilo netto 186 Br., 184 Gd., per April-Mai 1000 Kilo netto 184½ Br., 183½ Gd., per Mai-Juni 1000 Kilonetto 185½ Br., 184½ Gd., per Juni-Juli 1000 Kilo netto 187 Br., 186 Gd. Roggen per Februar 1000 Kilo netto 154 Br., 152 Gd., per April-Mai 1000 Kilo netto 147 Br., 146 Gd., per Mai-Juni 1000 Kilo netto 146 Br., 145 Gd. — per Juni-Juli 1000 Kilo netto 146 Br., 145 Gd. — Hafer still. — Gerste still. — Rüböl still, loco und per Februar 56½, per Mai per 200 Pfd. 56. Spiritus leblos, per Februar 44½, per April-Mai 45, per Mai-Juni 45, per Juni-Juli per 100 Liter 100 pCt. 45½. — Kaffee sehr ruhig, Umsatz 2000 Sack. Petroleum fest, Standard white loco 11, 60 Br., 11, 50 Gd., per Februar 11, 50 Gd., per Februar-März 11, 50 Gd., per Aug.-Decbr. 12, 60 Gd. —

Liverpool, 4. Februar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 15,000 B. Stramm. Amerikanische Verschiffungen 1/16 höher. Tagesimport 5000 Ballen amerikanische.

Amsterdam, 4. Februar, Nachmittag. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Roggen per Mai 180½, pr. October 181½.

Amsterdam, 4. Februar. Bancazinn 55¼.

Antwerpen, 4. Februar, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen weichend. Roggen matt, Galatz 19. Hafer stetig, Donau 22¼. Gerste weichend.

Antwerpen, 4. Februar, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 28 bez., 28½ Br., pr. Febr. 28 bez. und Br., per März 28 bez., 28½ Br., per September 32 bez., 32½ Br., pr. September-December 33 Br. Steigend.

Bremen, 4. Februar. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standard white loco 12 Mk. bez. Steigend.

Berlin, 4. Februar. [Productenbericht.] Roggen bekundete recht feste Haltung, die namentlich durch starke Deckungskäufe Seitens der Platzspeculation unterstützt wurde. — Roggenmehl behauptet. — Weizen brachte etwas bessere Preise bei schwachem Geschäft. — Hafer loco und auf Termine gut behauptet. — Rüböl hat sich wenig verändert. — Spiritus in matter Stimmung, doch haben Verkäufer sich nur vereinzelt etwas billiger finden lassen.

Weizen loco 165—207 Rchmk. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, pr. Januar — Rchmk. bez., par Januar-Februar — Rchmk. bez., pr. April-Mai 180½—181 Rchmk. bez., pr. Mai-Juni 182 Rchmk. bez., pr. Juni-Juli 183½—184½ Rchmk. bez., per November-December — Rchmk. bez. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Rchmk. — Roggen pro 1000 Kilogr. loco 144—167 Rchmk. nach Qualität gefordert, russischer 144—151½ Rchmk. bez., ordin. russischer — Rchmk. bez., inländischer 156—164 Rchmk. ab Bahn bez., geringer inländischer — Rchmk. bez., pr. Februar 152 Rchmk. bez., pr. Februar-März 151 Rchmk. bez, pr. Frühjahr 146½—147 Rchmk. bez., pr. Mai-Juni 144—144½ Rchmk. bez., pr. Juni-Juli 144 Rchmk. bez. pr. November-December — Rchmk. bez. — Gekündigt 1000 Ctnr. Kündigungspreis 152 Rchmk. — Gerste loco 144—191 Rchmk. nach Qualität gefordert. — Hafer pr. 1000 Kilogr. loco 160—190 Rchmk. nach Qualität gefordert, ostpreußischer 167—178 Rchmk. bez., westpreußischer 167—178 Rchmk. bez., russischer 165—178 Rchmk. bez., schlesischer — Rchmk. bez., pommerscher 180—186 Rchmk. ab Bahn bez., mecklenburger 180—186 Rchmk. ab Bahn bez., ungarischer und galizischer 163—175 Rchmk. bez., pr. Januar — Rchmk. bez., pr. Januar-Februar — Rchmk. bez., per Frühjahr 171 Rmk. bez. und Br., pr Mai-Juni 165—165½ Rchmk. bez., pr. Juni-Juli 164½ Rchmk. nom., pr. Juli-August — Rchmk. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Rchmk. — Erbsen: Kochwaare 187—234 Rchmk. bez., Futterwaare 177—186 Rchmk. bez. — Weizenmehl Nr. 0 pro 100 Kilogr. Br. incl. Sack 26,50—25,50 Rchmk., Nr. 0 und 1 25—23,50 Rchmk. — Roggenmehl Nr. 0: 24,23 Rchmk., Nr. 0 und 1 22—21 Rchmk. bez. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. Januar — Rchmk. bez., pr. Januar-Februar 21,45—50 Rchmk. bez., pr. Februar-März 21,45—50 Rchmk. bez., pr. März-April 21,45—50 Rchmk. bez., pr. April-Mai 21,50 Rchmk. bez., pr. Mai-Juni 21,50 Rchmk. bez., per Juni-Juli 21,50 Rchmk. bez. Gekündigt 1500 Ctnr. Kündigungspreis 21,45 Rchmk. — Oelsaaten: Raps — Rchmk., Rübsen — Rchmk. nach Qualität. — Rüböl per 100 Kilo netto loco 53,5 Rchmk. bez., mit Faß 54 Rchmk. bez., pr. Januar — Rchmk. bez., pr. Januar-Februar 54 Rchmk. bez., per Februar-März 54 Rchmk. bez. pr. April-Mai 54,7—54,6—54,7 Rchmk. bez., pr. Mai-Juni 55,2 Rchmk. bez., pr. Juni-Juli — Rchmk. bez., pr. September-October 58,5—58—58,2 Rchmk. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Rchmk. — Leinöl loco 62 Rchmk. bez. — Petroleum per 100 Kilo. incl. Faß loco 27 Rchmk. bez., pr. Januar-Februar 25,75 Rchmk. bez., pr. Februar-März 24,50 Rchmk. bez., pr. März-April — Rchmk. bez., pr. April-Mai — Rchmk. bez., pr. Mai-Juni — Rchmk. bez. pr. September-October 26,50 Rchmk. bez. — Gekündigt — Barrels. Kündigungspreis — Rchmk.

Spiritus pr. 10,000 Liter loco „ohne Faß" 55,4—55,6 Rchmk. bez., „mit Faß", pr. Januar — Rchmk. bez., pr. Januar-Februar 56,8—57 Rchmk. bez., pr. Februar-März 56,8—57 Rchmk. bez., pr. März-April — Rchmk. bez., pr. April-Mai 58—57,9 Rchmk. bez., pr. Mai-Juni 58,1 Rchmk. bez., pr. Juni-Juli 59,1 Rchmk. bez., pr. Juli-August 60,1 Rchmk. bez., pr. August-September 60,4 Rchmk. bez., pr. September-October — Rchmk. bez. — Gekündigt 10,000 Liter. Kündigungspreis 56,90 Rchmk.

Breslau, 5. Febr., 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war im Allgemeinen sehr ruhig, bei ausreichenden Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 16—18 bis 19,75 Mark, gelber 15—17—18,20 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, feine Qualitäten mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 14,60—15,60 bis 16,10 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste vernachlässigt, per 100 Kilogr. 14,50—15,60 Mark, weiße 15,75 bis 16,50 Mark.

Hafer in matter Haltung, per 100 Kilogr. 15,75—16,75—17,75 Mark, feinster über Notiz.

Mais unverändert, per 100 Kilogr. 14—14,50 Mark.

Erbsen vernachlässigt, per 100 Kilogr. 18—19—21 Mark.

Bohnen mehr offerirt, per 100 Kilogr. 21—21,75—22,50 Mark.

Lupinen angeboten, pr. 100 Kilogr. gelbe 14—15,25 Mark, blaue 13,50—15 Mark.

Wicken gut verkäuflich, per 100 Kilogr. 16—17—18,50 Mark.

Oelsaaten in fester Haltung.

Schlaglein mehr offerirt.

Per 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	25	24	75	22	50
Winterraps	25	50	24	50	23	50
Winterrübsen	25	—	24	—	23	—
Sommerrübsen	24	75	23	25	22	50
Leindotter	23	75	22	25	21	75

Rapskuchen ziemlich preishaltend, pr. 50 Kilogr. 8—8,20 Mark.

Leinkuchen gut behauptet, pr. 50 Kilogr. 10,80—11 Mark.

Kleesamen schwacher Umsatz, rother matter, pr. 50 Kilogr. 46—50 bis 53,50 Mark, weißer mehr Kauflust, pr. 50 Kilogr. 56—60—71 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee mehr offerirt, pr. 50 Kilogr. 28—31,50—35 Mark.

Mehl in matter Haltung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 27,25—27,75 Mark, Roggen fein 26—27 Mark, Hausbacken 24,50—25 Mark, Roggen-Futtermehl 12,50—13 Mark, Weizenkleie 9,25—9,75 Mark.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Februar 4. 5.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	326''',89	328''',10	328''',67
Luftwärme	+ 1°,3	— 2°,1	— 2°,3
Dunstdruck	1''',84	1''',48	1''',45
Dunstsättigung	82 pCt.	90 pCt.	90 pCt.
Wind	W. 1	W. 1	NW. 1
Wetter	bedeckt.	trübe.	trübe.

Breslau, 5. Febr. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 96 Cm. U.-P. — M. 30 Cm

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.